

Abonnements-Bedingungen:
Abonnement-Preis: 3,00 Mk. monatl. 1,10 Mk.
Wochenpreis 28 Pf. frei ins Haus.

Vorwärts

Die Interkons-Gebühr
Betragt für die sechsgehaltene Kolonelle
oder deren Raum 40 Pf. für
politische und gewerkschaftliche Vereins-

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Freitag, den 27. Mai 1904.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Das Programm
der Socialistischen Partei Amerikas.

Am 5. Mai 1904 hat unsere amerikanische Bruderpartei auf
ihrem National-Parteitag in Chicago ein neues Programm be-

Ben Sanford, gleich bedeutend als Agitator wie als Schrift-
steller, gehört der Partei seit mehr als zehn Jahren an.

Das sind die beiden Männer, die von unsern amerikanischen
Genossen an die Spitze gestellt werden.

Das Programm, unter dem die Partei den Kampf um die Macht
aufnimmt, ist von klarer Erkenntnis der Grundlagen des Elends der

I.

Wir, die Socialistische Partei, in Konvention versammelt,
appellieren an das amerikanische Volk als die Verteidiger und Er-

Dieser Freiheitsliebe sind die republikanische und die demo-
kratische Partei gleich untreu gestimmt.

Unsere amerikanischen Einrichtungen wurden im Namen der
Freiheit geschaffen. Sie werden aber von der kapitalistischen Klasse

Durch die Kontrolle aller Quellen gesellschaftlicher Einkünfte ist
die herrschende Klasse befähigt, etwaige Proteststimmen gegen das

Unsere politischen Einrichtungen werden auch gebraucht als Per-
sönlicher Eigentums, auf welchem jede Freiheit und

Der Kapitalismus ist der Feind und Verderber des eigentlichen
Privateigentums. Er entwickelt sich durch die zu gesellschaftlichem Zustand

Der Socialismus kommt deshalb, um Industrie und Gesellschaft
so zu organisieren, daß jeder Einzelne sicher ist, den Privatbesitz

seines Lebensunterhalts, auf dem die Freiheit seines Daseins, seiner
Denk- und Handlungsweise beruht, zu haben.

II.

Als eine amerikanische socialistische Partei versichern wir unser
Festhalten an den Principien des internationalen Socialismus, wie sie

Die socialistische Bewegung ist deshalb eine Weltbewegung. Sie
kennt keinen Konflikt zwischen den Arbeitern der einen Nation und

III.

Die socialistische Bewegung dankt ihre Geburt und Entwicklung
jener wirtschaftlichen Entwicklung oder dem Weltprozeß, der schnell

Dieser Klassenkampf entsteht durch den Privatbesitz der Arbeits-
mittel oder der Produktionsmittel. Wo immer und wann immer der

Zwischen diesen beiden Klassen ist ein Ausgleich oder eine Ver-
einigung der Interessen nicht möglich, ebenso wenig wie es mitten im

Eine solche Gesellschaft ist gegründet auf grundsätzliches Unrecht.
Da ist keine Grundlage möglich für gesellschaftlichen Frieden, für die

IV.

Das socialistische Programm ist keine Theorie, die man der
Gesellschaft zur Annahme oder Ablehnung anbieten kann.

Der Kapitalismus arbeitet bereits an seiner Selbstzerstörung. Er
ist nicht länger befähigt, die Arbeit der Welt zu organisieren oder

Der sogenannte „Trust“ ist nur ein Zeichen und eine Form der
sich entwickelnden Vergesellschaftung der Weltarbeit.

Das Anwachsen der allgemeinen Unfreiheit der Beschäftigung,
das allgemeine kapitalistische Bestreben, die Einigkeit der Arbeiter in

Inmitten dieser Spannung und Krisis der Civilisation erscheint
die socialistische Bewegung als die einzige rettende oder erhaltende

Socialismus bedeutet, daß alle jene Dinge, welche das Volk als
Ganzes braucht, auch von der Allgemeinheit besessen und verwaltet

Er bedeutet, daß die Arbeitsmittel ihren Erzeugern und Be-
nützern gehören müssen, daß alle Produktion zum direkten Verbrauch

Er bedeutet, daß die Arbeitsmittel ihren Erzeugern und Be-
nützern gehören müssen, daß alle Produktion zum direkten Verbrauch

Er bedeutet, daß die Arbeitsmittel ihren Erzeugern und Be-
nützern gehören müssen, daß alle Produktion zum direkten Verbrauch

Er bedeutet, daß die Arbeitsmittel ihren Erzeugern und Be-
nützern gehören müssen, daß alle Produktion zum direkten Verbrauch

Er bedeutet, daß die Arbeitsmittel ihren Erzeugern und Be-
nützern gehören müssen, daß alle Produktion zum direkten Verbrauch

Er bedeutet, daß die Arbeitsmittel ihren Erzeugern und Be-
nützern gehören müssen, daß alle Produktion zum direkten Verbrauch

V.
Damit die Arbeiter jeden möglichen Vorteil, der sie in der Er-
langung der vollständigen Kontrolle der Regierungsgewalt stärken

Sie erklärt sich für:
Verringerung der täglichen Arbeitszeit und Erhöhung der
Löhne;

für die Versicherung der Arbeiter gegen Unfälle, Krankheit und
Arbeitslosigkeit;

für öffentliche Besitz der Verkehrs-, Verbindungs- und Tausch-
einrichtungen;

für stufenweise Besteuerung der Einkommen, Erbschaften, Gerech-
tame und Grundeigentumsverträge, die Erträge davon sollen angewendet

für das gleiche Wahlrecht für Männer und Frauen;

für die Behinderung des Gebrauchs des Militärs gegen die
Arbeiter zur Verlegung von Streiks;

für freie Rechtspflege;

für vollständige Regierung, einschließlich Initiative, Referendum,
proportionale Vertretung, und die Abberufung von Beamten durch

Wir legen jedem, der zu einem verantwortlichen oder gefeh-
gebenden Amte gewählt wird, als erste Pflicht auf, das zu erstreben,

Indem wir das thun, brauchen wir aber diese Hilfsmittel nur
zu dem einen großen Endzweck: das genossenschaftliche Gemeinwesen

Wir verpflichten uns deshalb als eine Partei der Arbeiterklasse,
die ganze politische Gewalt, so bald sie uns von unsern Arbeits-

Wir appellieren deshalb an alle Arbeiter Amerikas und an alle
diejenigen, welche edel und selbstlos Leben, Zeit und Energie diesem

Indem wir um das Vertrauen und die Wahlstimmen unserer
Arbeitsgenossen ersuchen, appellieren wir zugleich für ihr eigenes

Wir verpflichten uns deshalb als eine Partei der Arbeiterklasse,
die ganze politische Gewalt, so bald sie uns von unsern Arbeits-

Wir appellieren deshalb an alle Arbeiter Amerikas und an alle
diejenigen, welche edel und selbstlos Leben, Zeit und Energie diesem

Indem wir um das Vertrauen und die Wahlstimmen unserer
Arbeitsgenossen ersuchen, appellieren wir zugleich für ihr eigenes

Wir verpflichten uns deshalb als eine Partei der Arbeiterklasse,
die ganze politische Gewalt, so bald sie uns von unsern Arbeits-

Wir appellieren deshalb an alle Arbeiter Amerikas und an alle
diejenigen, welche edel und selbstlos Leben, Zeit und Energie diesem

Indem wir um das Vertrauen und die Wahlstimmen unserer
Arbeitsgenossen ersuchen, appellieren wir zugleich für ihr eigenes

Wir verpflichten uns deshalb als eine Partei der Arbeiterklasse,
die ganze politische Gewalt, so bald sie uns von unsern Arbeits-

Wir appellieren deshalb an alle Arbeiter Amerikas und an alle
diejenigen, welche edel und selbstlos Leben, Zeit und Energie diesem

Indem wir um das Vertrauen und die Wahlstimmen unserer
Arbeitsgenossen ersuchen, appellieren wir zugleich für ihr eigenes

Wir verpflichten uns deshalb als eine Partei der Arbeiterklasse,
die ganze politische Gewalt, so bald sie uns von unsern Arbeits-

Politische Ueberblick.

Berlin, den 26. Mai.

Der konservative Wahlrechtskampf

läßt sich durch keinerlei Klugheitsbeträgungen mehr hemmen, er bricht
täglich ungezügelter hervor und tobt durch das Land.

In der Sitzung des Herrenhauses vom 18. Mai der konservative
Führer und Vizepräsident des Reichstags Graf zu Stolberg-
Wernigerode den Versuch, die konservative Reichstags-

fraktion zu verwahren, als habe sie ausdrücklich und fraktions-
offiziell den Umsturz des Reichstags-Wahlrechts beschlossen.

Doch gerade dieser heitere Versuch mahnte nur an die aus-
sichtslos verfallene Thatsache, daß die konservative Wahlrechtsfeindschaft

überhaupt nicht erst in Vorschlägen oder Beschlüssen ausgedrückt werden
kann, da sie ohnehin offenbar und selbstverständlich ist.

Und dieselbe konservative Presse, die nach den Herrenhaus-
Alarm der Wirbels und Mantelstiel unendlich abzulenkten versuchte,

als habe es nicht gegolten, den Reichskanzler zum wirklichen Vor-
gehen gegen das Wahlrecht zu schärfen, kann sich nun doch nicht

zähmen, ihren Groll gegen das Wahlrecht stets neu zu entladen.
So veröffentlichte heute die „Kreuz-Zeitung“ einen Leit-

Was wollen Sie von mir? Wollen Sie mich über Haupt nach der konservativen Partei erhalten? Bin aber nicht ich und die Konservativen völlig verloren, wenn ein Wechsel auf dem Throne stattfindet? Sobald unser alter herrlicher König die Augen schließt, wenn ich dann überhaupt in meinem Amte bleiben will, muß ich der Majorität in den Volksvertretungen sicher sein; diese Majorität aber erlange ich jetzt nur durch ein solches Wahlsystem! In der Theorie stimme ich Ihren Gegengründen vollständig bei, und wenn das Wahlsystem in einigen Jahren nicht mehr nötig sein wird, und wenn es mir nicht mehr gefällt, so nehme ich es wieder zurück!

Ich konnte nicht anders als darauf ihm die Worte entgegenzusetzen: „Die ich rief, die Geister, wer ich nun nicht los! Später werden Sie sich gerade so vorfinden, wie jener Zauberlehrling.“ (Und so ist es denn tatsächlich auch nachher gekommen.)

Weiter erzählt v. Dieß, daß die Führer der Socialdemokratie im letzten Ziele den Untergang des Staates wollen und daß er einen Reichstag gewünscht habe, dessen Mitglieder von den Landtagen der Einzelstaaten gewählt würden. Dann fährt er fort:

„Bismarck reichte mir am Schlusse meines Spazierganges mit warmem Dank die Hand unter Wiederholung der Worte, daß er das System der direkten geheimen Urwahl wieder ändern werde, falls der richtige Zeitpunkt gekommen sein würde.“

Nach dem siegreichen Kriege 1870-71 hatte ich noch einmal über diese für unsere ganze vaterländische Zukunft wichtige Frage ein Gespräch mit Bismarck. Ich war Mitglied des neuen deutschen Reichstages und konnte Bismarck die Mitteilung bringen, daß die Konservativen und auch andere Mitglieder des Reichstages für eine Aenderung des vererblichen Wahlsystems gestimmt seien, und daß wohl eine Aussicht vorhanden sei, die erforderliche Majorität zu erlangen; denn Bismarcks Macht sei so groß und des Kaisers Macht stehe hinter ihm, eine Jurisdiktion des Wahlsystems unter Ueberbestimmung aller verbündeten Regierungen Deutschlands erscheine möglich. Ich erinnerte Bismarck an unser Gespräch zu Gens im Jahre 1867 und an die mir damals von ihm eröffnete Hoffnung, wonach jetzt oder nie der richtige Moment gekommen sei, um Deutschlands Zukunft zu sichern. — Bismarck wollte aber nicht, vielleicht aus denselben Gründen wie 1867!

In den ersten Sessionen des Reichstages war die Socialdemokratie nur durch drei Abgeordnete vertreten: Bebel, Liebknecht und Schweizer. Seitdem ist ihre Zahl von Wahl zu Wahl gestiegen und jetzt ist sie schon so weit gekommen, daß eine zahlreiche und in ihrer Macht nicht zu unterschätzende Partei von etwa 80 Mitgliedern die Verhandlungen des Reichstages zu lähmen und damit die ganze Gesetzgebung zu verhindern bemüht ist! Wer weiß, ob sie nicht in Zukunft die Herrschaft über diesen gesetzgebenden Körper erringen oder doch zu einer ausschlaggebenden Partei heranwachsen wird!

Was v. Dieß von Bismarcks Anschauungen über das Reichstags-Wahlrecht erzählt, ist zum Teil längst bekannt. Man weiß, daß Bismarck auch diese Grundfrage des modernen Völkerebens nur zur Förderung der preussischen Vergrößerungspolitik hinterhältig zu mißbrauchen gedachte. Die Geschichte ließ jedoch nicht mit sich spielen, auch nicht von einem Bismarck; was er reaktionär auszunutzen gedachte, wurde zum gewaltigen Mittel moderner Volkserziehung. Immerhin hatte Bismarck seiner Zeit die richtige Erkenntnis, daß ein preussisches Deutschland nicht geschaffen werden könne ohne die große Gabe des gleichen Wahlrechts, das die Bevölkerung der mittel- und süddeutschen Staaten für das neue Reichsgebilde gewann. Diese richtige Erkenntnis hatten die Konservativen 1867 nicht und 1871 nicht und sie haben sie auch heute nicht! Denn was damals galt und was damals selbst Bismarck widerwillig einräumte, das gilt heute mindestens in demselben Maße. Heute ist Deutschland weniger denn je möglich ohne die durch das gleiche Wahlrecht garantierten Möglichkeiten einer freihellen und kulturellen Entwicklung!

Neu in den Dieß'schen Mitteilungen, soweit sie Bismarck betreffen, erscheint nur die Erwähnung, daß unter andern Motiven, die ihn damals leiteten, auch die allerpersönlichste Machtbegier entschiedend mitgewirkt hat; er fürchtete das baldige Ableben des alten Königs und damit das Ende seiner eignen Herrschaft, sofern diese sich nur auf die konservativen Parteien stützen würde, auf welche allein sich zu stützen die liberalen Nachfolger ablehnten.

Interessant ist auch die Bestätigung aus einwandfreier Feder, daß die Konservativen schon in den ersten Jahren seit Bestand des Reichs-Wahlrechts und des Reiches das Reichs-Wahlrecht und das Reich zu unterminieren bemüht gewesen sind. Schon damals konnte Herr v. Dieß dem Herrn v. Bismarck die Mitteilung überbringen, daß die Konservativen und „andere Mitglieder des Reichstages“ für eine Aenderung des „vererblichen Wahlrechts“ gestimmt seien!

Seitdem durch Jahrzehnte der steigenden Volksbildung und durch die Aufklärung des politischen Kampfes das Wahlrecht noch weit „verderblicher“ geworden ist, sind die Konservativen natürlich noch weit mehr für die Aenderung „gestimmt“. Herr v. Dieß ist Mitglied des preussischen Herrenhauses. Er ist in diese Preußen beherrschende Körperschaft auf Präsentation des Domkapitels in Merseburg berufen worden. Das deutsche Volk entlieh ihn und seinesgleichen aus dem Reichstage, aber in das Haus der Herren gelangt man ohne Volk. Und Herr v. Dieß ist Mitglied des Herrenhauses auf Lebenszeit. Er hat nicht nötig, dem Pöbel Rechenschaft zu erstatten über seine gesetzgeberische Leistung, er unterliegt keinerlei „verderblichem Wahlsystem“, neben den geborenen Gesetzgebern ist er Gesetzgeber ohne Verantwortlichkeit und bis zum festigen Ende. Solch „Wahlsystem“ ist nicht verderblich! So etwa soll auch das deutsche Zukunfts-Reich der Dichter und der „Kreuz-Zeitungs“-Mitter beglückt werden!

Deutsches Reich.

Südwestafrika.

Gouverneur Leutwein meldet aus Windhof: Hauptabteilung Anfang Juni marschbereit. Nordabteilung Jülow am 23. von Outjo Weitermarsch angetreten. Kolonne Estorf steht bei Otomatangara. Hauptmasse des Feindes aufscheinend bei Waterberg.

Am 7. Juni wird wieder eine größere Truppenabteilung nach Südwestafrika ausrücken: 31 Offiziere, 52 Unteroffiziere und 670 Mann. Die Mannschaften berühren diesmal Berlin nicht, sondern kommen vom 5. Juni an auf dem Truppenübungsplatz zu Döberitz zusammen. Von Döberitz marschiert die Truppe am 7. Juni abends nach Spandau, um von dort nach Hamburg zu fahren. Hier erfolgt die Einschiffung und Abfahrt am nächsten Tage.

Das Präsidium des Statistischen Amtes, das seit dem Tode Dr. Wilhelmis im Januar d. J. verwaist war, ist nun dem Professor Dr. van der Voghdt übertragen worden. Van der Voghdt ist seit einigen Jahren im Ministerium des Innern als vortragender Rat thätig und hat besonders an den Vorbereitungen des Volkstaxen mitgearbeitet. Die exprobierten Sachverständigen des Reichsstatistik sind also in den langen Erörterungen über die Nachfolge des allzu jung verstorbenen Dr. Wilhelmis erlegen, wie wir es seiner Zeit schon vorausgesagt.

Die „Hilfe“ beschäftigt sich mit Bernsteins „Montagszeitung“ und erhebt gegen die socialdemokratische Parteileitung den Vorwurf,

daß sie Bernsteins Blatt boykottiert habe. Die „Hilfe“ kennt doch offenbar die Erklärung des Parteivorstandes und die gegen das Vorgehen eines Teiles der Genossen des vierten Berliner Reichstags-Wahlkreises gerichtete zweite Erklärung sämtlicher Vertrauenspersonen für Berlin und Umgegend. Aus diesen Erklärungen sowie aus der ihr ebenfalls gewiß nicht unbekanntem eignen Darstellung Bernsteins müßte ihr doch die Ueberzeugung werden, daß der Vorwurf, die Parteileitung boykottiere Bernstein, vollkommen grundlos ist.

Königsberg, 26. Mai. (Telegramm.) In dem Prozesse gegen acht Mitglieder der socialdemokratischen Partei wegen Hausfriedensbruches, begangen in einer am 2. November 1903 aus Anlaß der Wahlen zum Hause der Abgeordneten abgehaltenen Wählerversammlung der Liberalen wurden Dr. med. Gottschall zu zwei Monaten, Redakteur Linde zu einem Monat und die übrigen sechs Angeklagten zu je zwei Wochen Gefängnis verurteilt.

Sobald nähere Nachrichten vorliegen, kommen wir auf dieses außerordentliche Urteil zurück.

Auf dem 15. evangelisch-socialen Kongreß in Breslau sprach am Mittwochabend Pfarrer Lic. Traub-Dortmund über „Die Organisation der Arbeit in ihrer Wirkung auf die Persönlichkeit“. An den Vortrag knüpfte sich eine lebhafte Debatte, an welcher sich Geheimrat Goerle, Prof. Dr. Hornad, Pfarrer Raumann und Dr. Wagner-Berlin beteiligten. — In der Donnerstag-Sitzung erstattete zunächst Generalsekretär Pastor Lic. Schneemelcher-Rummelsburg den Jahresbericht, nach dem der Kongreß 850 Mitglieder zählt. Sodann referierte Privatdozent Dr. L. Bernhardt-Berlin und Fabrikbesitzer Freese-Berlin über das moderne Lohnsystem und die Socialreform. Dr. Bernhardt trat für Tarifverträge ein, Freese für Gewerkschaftsbeteiligung der Arbeiter. Fräulein Gertrud Döhrenfurth-Berlin und Dr. Wilbrandt-Berlin sprachen über weibliche Heimarbeit. Darauf wurde der Kongreß geschlossen.

Die Herabsetzung der Personentaxe in den Staatsbahnen wurde am Mittwoch im badischen Landtag beraten. Es lag demselben ein Antrag vor, welcher verlangt, daß alsbald, jedenfalls aber dann, wenn die Eisenbahneinnahmen dieselben bleiben wie im abgelaufenen Jahre, ein Personentaxi von 2 Pf. pro Kilometer in der III. Klasse unter Wegfall des Schnellzugs-Zuschlags eingeführt werde. In Baden, wo seit einer Reihe von Jahren das sogenannte Kilometerheft eingeführt ist, das zu einem Satz von 24 Pf. zur Fahrt in allen Schnellzügen berechtigt, ist die Forderung des 2 Pf.-Tarifs äußerst populär und der Antrag wäre zur großen Verlegenheit der Regierung sicher angenommen worden, wenn nicht Nationalliberale und Centrum der Regierung mit einem Verwässerungsantrag beigesprungen wären. Es scheint, daß dies Geschäft bei diesen großen Parteien jetzt mehr und mehr in Schwung kommt, denn schon wiederholt haben sie es Oppositionsanträgen gegenüber beharrlich, so z. B. auch bei dem socialdemokratischen Antrag über Arbeiterkammern. Der Verwässerungsantrag, der nach Ablehnung des oben erwähnten schließlich einstimmig angenommen wurde, verlangt Verallgemeinerung der Kilometerheft-Sätze von 8,4 und 24 Pf. auf den ganzen Personenverkehr, wobei „thunlichst“ auf Ermäßigung des Tarifs in der III. Klasse auf 2 Pf. hingewirkt werden soll. Diese Tarif-Reform soll allerdings erst eintreten, wenn die wirtschaftlichen Verhältnisse eine nachhaltige Besserung zeigen und wenn eine Verständigung mit andern deutschen Bahnverwaltungen zu Stande gekommen ist.

Man sieht: allzu rasch wird diese Reform nicht in Kraft treten.

Ausland.

Das Scheitern der schwedischen Wahlrechtsreform.

Malmo, den 23. Mai. (Fig. Ber.)

Der schwedische Reichstag hat am Sonnabend seine diesjährige Session beendet. Seine wichtigste Aufgabe, dem Volke ein besseres, ein den Forderungen politischer Gerechtigkeit entsprechendes Wahlrecht zu geben, hat er nicht erfüllt. Als zu Pfingsten im Jahre 1902 die Arbeiterchaft einen dreitägigen Generalstreik für das allgemeine Wahlrecht führte, da hat wohl mancher Arbeiter geglaubt, daß nun das Ziel in kurzer Zeit erreicht sein würde, und nicht gedacht, daß auch noch nach Verlauf von zwei Jahren der Reichstag wiederum seine Sitzungen schließen würde, ohne etwas Positives geschaffen zu haben. Damals setzten wohl viele mit Bestimmtheit voraus, daß in solchem Fall die Arbeiterchaft statt einer kurzen „Verjuchsmobilisierung“ wie 1902 einen wirklichen Generalstreik führen müßte, so lange und so energisch durchzuführen müßte, bis die herrschende Klasse, müde gemacht, das allgemeine Wahlrecht zugestehen würde. Hier in der Arbeiterstadt Malmo ist auch zu Beginn der diesjährigen Reichstagsession ein darauf gerichteter Beschluß gefaßt worden. Democh hat sich die schwedische Arbeiterchaft nochmals geduldig in ihr Schicksal ergeben und die abermalige Verzögerung der Wahlrechtsreform als etwas Unabwendbares hingenommen. Die gründliche Ueberlegung und Abwägung der Wahlverhältnisse hat offenbar bei der Mehrheit der Arbeiterchaft die Ueberzeugung hervorgerufen, daß eine ganze und durchaus befriedigende Reform zur Zeit auch durch einen Generalstreik als Zwangsmittel nicht mit Sicherheit zu erreichen war, und daß es deswegen klüger ist, es der Zeit und der unermüdbaren Agitation zu überlassen, die Frage zur Reife zu bringen und im übrigen einzuwillen dafür zu sorgen, daß jede Verpflückung der Reform verhindert werde wie das auch im Jahre 1902 geschehen ist, als der Reichstag, offenbar unter dem Eindruck des „Großstreiks“, die Regierungsvorlage und die übrigen Kompromißvorschläge ablehnte und der Regierung den Auftrag zur Ausarbeitung eines neuen Entwurfs erteilte.

Da jetzt die Regierung wieder aufgefordert wurde, eine neue Vorlage auszuarbeiten, könnte man annehmen, daß es überhaupt nicht vorwärts gegangen sei. Dem ist jedoch nicht so, wenn auch der Umstand, daß Brantings Vorschlag: „allgemeines Wahlrecht ohne alle Garantien“, Einmännkreise und gleiches Repräsentationsrecht für Stadt und Land“, mit 178 gegen 43 Stimmen verworfen wurde, erkennen läßt, daß man noch weit vom Ziele ist. Tatsächlich ist der von der Zweiten Kammer angenommene Vorschlag des liberalen Bauern Disen von Fläsbro, obgleich er die Bezahlung der Staats- und Gemeindesteuern während drei Jahren zur Bedingung des Wahlrechts macht und das Wahlrechtsalter vom 21. auf das 25. Lebensjahr erhöht, der weitgehendste Vorschlag, der bisher eine Mehrheit in der Kammer gefunden hat.

Wichtig erscheint der Umstand, daß in diesem Vorschlag Einmännkreise gefordert werden und das Proportionalsystem abgelehnt wird. Dieses System, bei wirklich allgemeinem, gleichem Wahlrecht gerecht und empfehlenswert, ist hier verwerflich und erscheint als eine jener sogenannten „Garantien“, die der herrschenden Klasse Garantie gegen einen zu starken Einfluß der Arbeiterklasse bieten sollen. Die ganze Wahlrechtsreform beschränkt sie ja eben nur auf die Zweite Kammer und läßt die Erste Kammer unverändert bestehen. Die 150 Mitglieder dieses Herrenhauses, gewählt von den Gemeindevertretungen, welche ihrerseits auf Grund eines Wahlrechts entstehen, das dem reichen Manne in der Stadt bis zu 100, auf dem Lande gar bis zu 5000 Stimmen giebt, wären im Stande, bei den gemeinsamen Abstimmungen des Reichstages mit der proportional vertretenen Reaktion unter den 230 Mitgliedern der Zweiten Kammer jeden wichtigen Fortschritt zu hintertreiben.

Die Wahlrechtsfrage ist also trotz aller Mängel der jetzt gefaßten Beschlüsse gewissermaßen einen Schritt vorwärts gekommen, und somit liegt es nahe anzunehmen, daß die Reform, jemehr die Macht habenden sie hinauschieben, um so mehr durch die unermüdbliche Agitation unserer Parteigenossen zu dem wird, was sie nach demokratischen Grundfögen werden muß.

Eine Verfassungsänderung wie die Wahlrechtsreform muß laut Verfassung von zwei verschiedenen auf einanderfolgenden und aus allgemeinen Wahlen hervorgegangenen Reichstagen beschlossen werden.

Die nächsten allgemeinen Wahlen zur Zweiten Kammer, die im Herbst 1905 stattfinden, werden wiederum unter dem Eindruck der Forderung des allgemeinen Wahlrechts stehen. Auch hierbei wird die schwedische Arbeiterchaft ihren ganzen Einfluß aufbieten und dahin wirken, daß ihr dieses wichtige Staatsbürgerrecht endlich uneingeschränkt gewährt werde.

Die Abstimmungen in der Zweiten Kammer haben übrigens bewiesen, welchen Einfluß eine wenn auch noch so kleine Gruppe socialdemokratischer Vertreter auszuüben vermag. Wurde doch der Barnetowische Vorschlag nur mit 116, darunter die der vier socialdemokratischen, gegen 108 Stimmen abgelehnt und dadurch die Einigung mit der Ersten Kammer und die Verpflückung der Reform verhindert! Nun ist die Bahn wieder frei zur Arbeit für das allgemeine Wahlrecht, das endlich trotz aller Nachmittel der Reaktion dem Volke doch gegeben werden muß.

Oesterreich-Ungarn.

Der Refundierungsschwindel. Aus Budapest wird telegraphiert: Herr v. Böhm-Waterk, der österreichische Finanzminister, erschien gestern im Budgetausschuß der Delegation, um über die „finanzielle Seite der Militärkredite“ Auskunft zu geben. Herr v. Böhm sprach nicht wie ein Finanzminister, sondern wie der Kriegsminister. Die Ausgaben seien „unabweislich notwendig und dringlich“; überdies beruhen zwei Drittel der Gesamtsumme auf „principlen“ Beschlüssen der Delegation. Im übrigen stellt sich der Finanzminister, als glaube er daran, daß von nun an jährlich 27 Millionen im Heeresetat erspart werden können. Die größte Idee, 25 Jahre lang falsche Bewilligungen zu machen — Kosten in Raten zu bewilligen, die schon im Ganzen bewilligt worden sind — damit die so „ersparten“ Beträge der Finanzverwaltungen zur Verzinsung und Amortisierung der Anleihe „refundiert“ werden können, den Schwindel nennt der gelehrte Mann eine „den allgemeinen Interessen zuzugewandte Welle“. Ueber die entscheidende Frage: ob ein Viertelsjahrhundert durch der österreichische Moloch jährlich 27 Millionen weniger begehren wird, schweigt sich der civilistische Minister gründlich aus; er versichert bloß, daß für jene Zwecke, denen die durch die Kreditoperationen zu realisierenden Anschaffungen dienen, für eine Reihe von Jahren vollkommen und nach menschlicher Voraussicht durch die ganze 25jährige Periode wenigstens, der Hauptsache nach vorgesorgt sei. Aber damit, daß man keine neuen Kanonen etc. brauchen wird, wird man doch die jetzigen Anschaffungen nicht bezahlen können! — Die Anleihe wird nicht weniger als 450 Millionen Kronen betragen, da zu den bisherigen „Bedürfnissen“ noch 50 Millionen „einmaliger Ausgabe“ bei Einführung der zweijährigen Dienstzeit dazukommen. Der Minister erklärte, daß er nicht an die Ausrüstung kurzfristiger amortisierbarer Titres denke, sondern die Emission eines marktgängigen Rententypus ins Auge fasse. Für den Vollzug der Tilgung werde aber durch planmäßig bestehende jährliche Beträge für Vollzugszwecke im Budget vorgesorgt. Es sei selbstverständlich, daß das geplante Anleihen von 400 Millionen nicht plötzlich auf den Markt geworfen werden würde, sondern es würden die verschiedenen Emissionen, welche die Finanzverwaltung für militärische sowie für sonstige Investitionszwecke zu begeben habe, nur allmählich und nach Bedarf auf den Markt zu bringen sein.

Budapest, 26. Mai. Der Budgetausschuß der österreichischen Delegation hat die außerordentlichen Forderungen, 88 Millionen Kronen für das Heer, 77 Millionen Kronen für die Marine, sowie die zurückgestellten sogenannten Refundierungsposten des Heeres- und Marine-Extraordinariums angenommen.

Frankreich.

Das französisch-englische Abkommen.

Paris, 26. Mai. In der Kammer wurde heute ein Selbstbuch über das französisch-englische Abkommen vom 8. April verteilt. Einen großen Teil nimmt die Stelle ein, welche über Marokko handelt. Es sei überflüssig heißt es, auf die Wichtigkeit des Erreichens hinzuweisen; es sei jetzt Sache Frankreichs, indem es sich vor jedem übereilten Schritte hüten und sich als der beste Freund Marokkos zeige, systematisch, beharrlich, ohne Anstrengungen und ohne unnütze Opfer die Beendigung des civilisatorischen Werkes ins Auge zu fassen, welches die Macht Frankreichs stärken werde, ohne die erworbenen Rechte jemandes zu verletzen. Mit Rücksicht auf die freundschaftlichen Beziehungen zu Spanien sei Wert darauf gelegt worden, die Interessen in Erwägung zu ziehen, welche dieses Land wegen seiner benachbarten Lage und wegen seiner territorialen Besitzungen in Marokko hat. Die französische Regierung werde sich mit der spanischen ins Einvernehmen setzen. Bezüglich Ägyptens wird bemerkt, daß die politische Lage dieses Landes keine Veränderung erfahren habe. Der Hauptpunkt des Abkommens sei finanzieller Natur. Was den Suezkanal angehe, so sei Frankreich glücklich, daß es England vermocht habe, dem Abkommen, durch welches die Neutralität des Kanals garantiert wird, beizutreten.

Zweijährige Dienstzeit.

Paris, 26. Mai. Die Deputiertenkammer begann die Generaldebatte über die Vorlage betreffend die zweijährige Militärdienstzeit. Oberst Roussel (liberal) erklärte sich für die Vorlage, fürchtet aber, daß man dahin komme, in Frankreich eine Miliz zu bilden.

Belgien.

Die bevorstehenden Wahlen.

Brüssel, 25. Mai. (Fig. Ber.) Am nächsten Sonntag werden die Wahlen für die beiden Parlamente, Abgeordnetenkammer und Senat, stattfinden. Nur die Hälfte der Mandate für die zwei Kammern ist zu erneuern. Zur Wahl für die Deputiertenkammer sind diesmal nur die Wähler der Provinzen Lüttich, Hainaut, Limburg und Ostflandern berufen, während die Wähler der fünf andern Provinzen neue Vertreter in den Senat entsenden sollen.

Obwohl der Kampf durch unsere Partei mit Wort und Feder eifrig geführt wird, ist doch nicht zu verkennen, daß für uns in dieser Wahl neue Siegesaussichten nicht gegeben sind. Unsere Partei hat wenig zu erodern und muß mit der Möglichkeit von Verlusten rechnen. Dies ist nicht eine pessimistische Beobachtung der heutigen politischen Verhältnisse, sondern die lähle Feststellung der Kräfte der gegeneinander kämpfenden Parteien. Die diesmalige Kammerwahl findet statt in denjenigen Bezirken, wo, unter dem jetzigen Plural- und Proportional-Wahlgesetz, die Socialdemokratie bereits das Maximum ihrer Vertretung erreicht hat. Es stehen zur Neuwahl die folgenden Sitze:

Provinz Lüttich mit 10 Socialdemokraten, 4 Liberalen, 7 Merikalen; Provinz Hainaut mit 14 Socialdemokraten, 6 Liberalen, 9 Merikalen; Provinz Limburg mit 5 Merikalen; Provinz Ostflandern mit 2 Socialdemokraten, 2 Liberalen, 17 Merikalen, 1 christlichen Demokraten. Insgesamt sind die zur Wahl stehenden Kreise jetzt besetzt von 26 Socialdemokraten, 12 Liberalen, 38 Merikalen, 1 christlichen Demokraten. Was die Socialdemokratie in diesen Wahlkreisen unter dem Pluralwahlgesetz dennoch erreichen kann und hoffentlich erreichen wird, das ist eine Vermehrung ihrer Wählerzahl.

Italien.

Genua, 25. Mai. Gegenüber auswärts verbreiteten Meldungen über schwere Ausschreitungen von Kornträgern im hiesigen Hafen wird berichtet, daß der griechische Dampfer „Maria“ mit einer Ladung Korn an den Silospeichern anlegte und die Kornträger daraufhin in den Ausfund traten, weil sie der Einrichtung der Silospeicher feindlich gegenüber stehen. Es fanden nur ganz geringfügige Ausschreitungen statt. Die Ruhe war am Nachmittag wieder hergestellt und die Ausfunden beschloffen, die Arbeit wieder aufzunehmen. Das ist heute morgen geschehen, ohne daß sich ein weiterer Zwischenfall ereignete.

Rußland.

Abchluss des Konflikts in der Bergakademie.

Der Konflikt in der Petersburger Bergakademie, der aus Anlass des Beiseinschens des im März ausgebrochen war, hat jetzt sein Ende erreicht. Die Akademie blieb bis zum 15. April geschlossen. Der für den 18. April festgesetzte Beginn der Jahresprüfungen musste um zwei Tage aufgeschoben werden, weil die Studenten „streikten“. Zum 15. April wurde der „gehungertätige“ Teil der Studentenschaft, nämlich diejenigen Jünglinge, die seiner Zeit an den polizeilich-patriotischen Manifestationen aus Anlass des Krieges teilgenommen haben — im ganzen etwa ein Sechstel der gesamten Studentenschaft — durch besondere Einladungskarten zur Teilnahme an den Prüfungen aufgefordert. Sie erschienen auch pünktlich in der Akademie, ihnen waren aber die oppositionellen Kollegen gefolgt, um die „Streikbrecher“ an dem Abhalten ihrer Examen zu verhindern. Dies gelang auch insofern, als die Prüfungen abermals aufgeschoben werden mussten. Darauf berief aber der Direktor den Professorenrat zusammen und ließ den Abschluss von 83 Studenten (10 für immer, 18 für zwei Jahre, fünf für ein Jahr) beschließen. Am gleichen Tage ist an die betreffenden Studenten die Aufforderung von der Polizei ergangen, augenblicklich Petersburg zu verlassen. Die Prüfungen nahmen nun ruhig ihren Lauf weiter und die Protestaktion gegen den despotischen Herrn Direktor scheint einstweilen damit eingeklärt zu sein.

Unser Petersburger Korrespondent berichtet auch über das Urteil im Prozess wegen Schmuggel des liberalen „Dswobodnaja“ über die finnische Grenze, das dem „Berliner Tageblatt“ telegraphisch mitgeteilt wurde. Letztere Nachricht muß dahin korrigiert werden, daß Professor Annitschow nicht zu drei Jahren Zuchthaus, sondern zu 2 1/2 Jahren Arrestantencompagnie, und Frau Bormann zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt worden ist.

Der Krieg in Ostasien.

Die Belagerung von Port Arthur.

Tschifu, 26. Mai. (Nachricht des Reuterischen Bureaus.) Eine Dschunke, die „Dahn“ am 23. d. M. verlassen hat, berichtet, die japanische Armee hätte Sanshilju, die zweite Eisenbahnstation von Port Arthur erreicht, wobei die Russen dem Vordringen hartnäckig Widerstand leisteten. Am 23. d. M. soll bei Sanshilju eine Schlacht stattgefunden haben, deren Resultat noch unbekannt ist. Bei Taitenwan seien die Russen bereit, die Stadt beim Anrücken der Japaner zu zerstören. Nach den besten zur Verfügung stehenden Nachrichten seien die bei Kintschou gelandeten Japaner an der Eisenbahn entlang im Vordringen begriffen, während diejenigen, die in Pijetwo gelandet seien, an der Ostküste der Halbinsel entlang auf „Dahn“ vordringen.

Ebenfalls aus Tschifu (westlich von Weihaiwei, gegenüber von Port Arthur, am Eingang in den Golf von Petschili) wird gemeldet:

Ein hier eingetroffener Franzose, der am 22. Mai von Dahn abgefahren ist, hat die gefristete Beschießung von Port Arthur mit angelesen. Er berichtet, daß acht große japanische Schiffe sich eine Stunde lang um den Hafeneingang legten und in Zwischenräumen von 10 Minuten ihre Breitseiten abfeuerten. In Dahn war, als der französische Reisende es verließ, alles ruhig; doch sagt er, man habe dort stündlich einen Angriff der Japaner erwartet. Die Japaner seien, wie berichtet wird, mit geschlossener Truppenmacht in Pijetwo und Kintschou und sollen bereit sein, auf beiden Seiten der Halbinsel auf Port Arthur zu marschieren. Im Golf von Petschili hat ein japanischer Kreuzer auf einen deutschen Dampfer gefeuert, dessen Signale er mißverstanden hatte. In der letzten Nacht ist auf der Höhe des Vorgebirges Liau-ti-shan auf den schwedischen Dampfer „Marin“ gefeuert worden, doch weiß man nicht von wem.

Partei-Nachrichten.

„Der Zukunftsstaat der Junker“. Mantuffeleien gegen die Socialdemokratie im preussischen Herrenhause am 11. und 13. Mai 1904. Mit Einleitung und Anmerkungen von Kurt Eisner.

Unter diesem Titel ist jochen im Parteiverlage: Buchhandlung Vorwärts erschienen: Heft 2 der socialdemokratischen Agitations-Bibliothek (Zeitbilder aus dem Klassenstaat). Die Herrenhäuser-Neben gegen das Reichstags-Wahlrecht, für Staatsstreik und Ausnahmegeetze.

Die Einleitung schildert die politischen Zustände, aus denen dieser Junkerstaat erwachsen konnte. In einem Anhang sind Bemerkungen hinzugefügt, nicht etwa um die Herrenhäuser mit den ihnen so verhassten und verächtlichen „geistigen Waffen“ zu widerlegen, sondern um an einigen Stichproben nachzuweisen, welche Summe von Wahrheit, Tiefinn, logischer Begabung, Bewissenhaftigkeit und Wissen in diesen Kländereien der vornehmsten Gesegeher der Welt, in denen gewissermaßen auch alle geistigen und moralischen Vorzüge ihrer sämtlichen Ahnen lebendig mitwirken — fehlt.

Die drei Vogen starke Proschüre, in der auch die Porträts der beiden Hauptkämpfer, Mantuffel und Witsch, mitten in ihrer gesetzgeberischen Thätigkeit von Künstlerhand gezeichnet sind, kostet 20 Pfennig. Eine für die Agitation bestimmte Ausgabe, die aber nur an Agitationskomitees, Wahlvereine, Vertrauensleute usw. abgegeben wird, ist zu billigen Preisen hergestellt.

Wir empfehlen die Proschüre unsern Parteigenossen, ist es doch überaus wichtig, daß wir die große Masse der uns fernstehenden Arbeiter, aber auch den Mittelstand, den kleinen Bauern mit den Plänen vertraut machen, die das preussische Junkertum gegen das gesamte arbeitende Volk schmiedet. Namentlich Wahlvereine, Agitationskomitees machen wir auf die agitatorische Wirkung dieser konservativen Neben aufmerksam.

Unser Parteibuchhandlungen, die Kollporteurs und Zeitungs-ausbräuer liefern die Proschüre; ebenso die Vorwärts-Buchhandlung, Lindenstr. 69, Berlin SW.

Soziales.

Ärzte und Krankenkassen.

Fünf stark besuchte Versammlungen der Mitglieder der Leipziger Ortskrankenkasse beschloßen folgende Resolution:

Die Versammlung der Mitglieder der Leipziger Ortskrankenkasse erklärt, den Kampf um das Selbstverwaltungsrecht in der Ortskrankenkasse mit allem Nachdruck weiter führen zu wollen. Sie giebt ihrer Ansicht dahin Ausdruck, daß die Kasse selbst zu entscheiden hat, welches System der ärztlichen Hilfe mit den Interessen der Kasse als Institut sozialer Fürsorge für die Arbeiter vereinbar ist, und sie verwirft alle Maßnahmen, die bestimmt sind, dies Recht einzuschränken oder ganz zu beseitigen.

Die Fortsetzung des Kampfes um das Selbstverwaltungsrecht erfordert die dauernde Anwesenheit der Distriktsärzte in Leipzig. Andererseits ist zu vermeiden, daß die alten Leipziger Ärzte Gelegenheit erhalten, ihre erhöhten Honorarforderungen aus Kassennitteln voll zu befriedigen. Es ist deswegen Vorsorge zu treffen, daß die Abweisung der Distriktsärzte vereitelt wird. Auch erklärt sich die Versammlung zu dem gleichen Zweck ausdrücklich damit einverstanden, daß von der Wiedereinführung der Familienbehandlung vorläufig, und zwar mindestens so lange Abstand genommen wird, bis über die von der Kasserverwaltung angeforderte Anfechtungs-klage gegen die freihauptmannschaftlichen Maßnahmen vom Ober-Verwaltungsgericht Entscheidung getroffen sein wird. Augenblicklich mittellose Kassennmitgliedern wird angetragen, bei den Distrikts-ärzten vorläufig Bestimmung des Honorars für ärztliche Behandlung zu fordern.

Im übrigen wird der Ausschuss für Arztbesuchen beauftragt, auf Erfas für die Familienbehandlung bedacht zu sein und Vorschläge

auszuarbeiten, die späteren Versammlungen zur Begutachtung zu unterbreiten sind. Immerhin erklärt aber schon heute die Versammlung im Prinzip, daß sie es vorzieht, zum Zwecke des Kampfes eine vorübergehende freiwillige Sondersteuer von wöchentlich 10 Pf. für die Familienbehandlung auf sich zu nehmen, als nach einem Triumph der Verbandsärzte sich durch eine dauernde abermalige Beitragserhöhung zur Ortskrankenkasse noch mehr belasten zu lassen.

Schließlich empfiehlt die Versammlung allen Kassennmitgliedern, bei der Auswahl der in Anspruch zu nehmenden Ärzte lediglich die vom Aktionsausschuss empfohlenen Ärzte zu berücksichtigen.

Bäckereibetriebe in amtlicher Beleuchtung.

Daß es sich bei den Kämpfen, die die Bäckereihilfen in Berlin und andern Orten führen oder in der letzten Zeit geführt haben, um Kämpfe handelt, die die Beseitigung gesundheitswidriger Verhältnisse und die Herbeiführung kultureller Zustände zum Ziele haben, beweisen u. a. die Berichte der preussischen Fabrikinspektoren. Man sollte es kaum für möglich halten, daß im 20. Jahrhundert noch Schlafräume und Werkstätten existieren, wie sie hier antilich geschildert werden, und man kann sich nur darüber wundern, daß die Hilfen sich nicht schon längst zu einem energischen Vorgehen gegen die oft geradezu ekelhaften Zustände aufgerafft haben.

So berichtet der Gewerbe-Inspektor für die Provinz Ostpreußen, daß sich niedrige, enge, ungenügend erhellt und gelüftete Schlafräume vielfach in den Bäckereien finden, daß Schlafräume, die überhaupt der Fenster ermangeln, nicht selten sind, und daß sich die Einwirkung der Beauftragten der Handwerkskammern und der Innungen auf Abstellung dieser und ähnlicher Mißstände, z. B. der mangelhaften Wascheinrichtungen in den Handwerksbetrieben, bislang als unzureichend erwiesen hat. Im Bezirk Bromberg sind Mißstände mannigfacher Art in Bezug auf Reinlichkeit, Luft und Dünste festgestellt. In einer Bäckerei befand sich der Arbeitsraum mit den Schlafzimmern der Gehilfen unter dem Strakeniveau, die Gase des Backofens konnten in Werkstätten und Schlafkammern dringen. Infolge dessen klagten die Gesellen über häufiges Unwohlsein. Mit Hilfe der Polizei mußte Wandel geschaffen werden.

In der Stadt Posen liegen 57 Prozent der Bäckereien zwei Meter und mehr unter der Straßenhöhe, ein Zustand, der in sanitärer Hinsicht zu Bedenken Veranlassung giebt. Auf Anordnung des Regierungspräsidenten wurden sämtliche Bäckereien der Stadt durch den Gewerbe-Inspektor in Gemeinschaft mit einigen Medizinalbeamten revidiert. Das Ergebnis der Revision, über die leider näheres nicht mitgeteilt wird, wird voraussichtlich zum Erlaß einer Polizeiverordnung führen.

Ein wie hohes Interesse auch das konsumierende Publikum an der Durchführung der von den Bäckereihilfen erhobenen Forderungen hat, soweit sie sich auf hygienischem Boden bewegen, erhellt aus einigen weiteren Beispielen: Im Regierungsbezirk Arnberg lag eine Backstube im Dunstbereich eines Schweine- und Pferdestalles, so daß ihre Verlegung gefordert werden mußte. Bei einer andern Bäckerei, die im Keller lag, stellte sich die Notwendigkeit heraus, die fernere Benutzung fremder Hilfskräfte zu unterbinden, und der Arbeitsraum einer Konditorei mußte gänzlich geschlossen werden. Ähnlich im Bezirk Opele, wo nach Auslage des Gewerbe-Inspektors die Werkstätten der Bäcker und Fleischer in hygienischer Beziehung manches zu wünschen übrig ließen. So wurden z. B. ein Backraum und eine Schlächterei zur Aufbewahrung schmutziger Wäsche benutzt. In einer Bäckerei lagerten die Brote ohne Unterlage auf dem Fußboden, in einer andern wurden zahlreich Petroleumlampen und -Kannen auf dem Backofen aufbewahrt.

Wir begnügen uns mit diesen wenigen Angaben und unterlassen es auch, auf sonstige Zustände in Bäckereien, namentlich auf die nicht seltenen Verstöße gegen Schutzvorschriften für Jugendliche, über die häufig geklagt wird, des näheren einzugehen. Für jeden, der sich nicht mit Haut und Haaren den Schmachmachern verkauft hat, ist der Beweis erbracht, daß es sich bei der Behauptung, die Bäckereihilfen entfesselten frivolen Streiks, um die Betriebe unter die Herrschaft der Socialdemokratie zu bringen, um eine nichtswürdige Lüge handelt. Hoffentlich wird diesem von gewissenlosen Meistern erfundenen Märchen endlich ein Ende gemacht. Nicht die Frage, ob die Meister ferner Herren im Hause sein sollen, sondern einzig und allein die Frage, ob endlich auch den Bäckereihilfen die Segnungen der Kultur zu teil werden sollen, ist bei der Bewegung ausschlaggebend.

Die evangelischen Arbeitervereine unter Führung des Lic. Weber halten zur Zeit in Frankfurt a. M. eine Tagung ab. Zu allem Anfang wurde dem Geschäftsführer des Reichsverbandes zur Verlempfung der Socialdemokratie, Herrn Dr. Wobenschen, Gelegenheit gegeben, die evangelischen Arbeitervereine zum Anschluß an diesen Verband aufzufordern. Herr Weber lehnte die Aufforderung zum Anschluß sanft ab, indem er die Verlempfung der Socialdemokratie für die evangelischen Arbeitervereine allein reklamiert und dem Reichsverbande die Aufgabe zuwies, die besitzende Klasse „zu sozialen Fragen“ zu gewinnen. Wenn das den Sinn haben soll, die besitzende Klasse für Socialpolitik zu gewinnen, so wird sich der Reichsverband dafür bedanken. Die Socialpolitik fordert ja beinahe die Begehrlichkeit. Eine weitere Folge hatte dieses Spiel zu der Tagung vorläufig nicht. Nur wurde der Rede Webers lebhafter Beifall gesendet.

Darauf entwickelte der Sekretär Warrn ein Programm für sociale Kommunalpolitik. Er verlangte u. a. Besserung der Arbeits- und Lohnverhältnisse der städtischen Arbeiter und unteren Beamten, forderte Ausgestaltung sämtlicher städtischen Betriebe zu Musterbetrieben. Auch die Einführung von Arbeiterausschüssen ist zu fordern, wie auch den Arbeitern das freie Koalitionsrecht zugesichert ist. Städtische Facharbeitsnachweise auf paritätischer Grundlage, Erwerbung von Grund und Boden für Arbeiter- und Beamtenwohnungen, Anstellung von Wohnungsinspektoren, Errichtung von Mietschiedsgerichten durch die Gemeinde, weitgehende Unterstützung der Genossenschaften, die sich dem Bau gesunder kleiner Wohnungen widmen, seien Forderungen, die an die kommunale Socialpolitik zu stellen sind. Das städtische Submissionswesen muß reformiert werden, und vor allem sind die Gewerbetreibenden zu berücksichtigen, die in der Stadt wohnen. Der Vortragende verlangte ferner Errichtung gewerblicher Fortbildungsschulen mit Religionsunterricht für Arbeiter und Arbeiterinnen unter 18 Jahren; auch ein sozialer Ausschuss soll in jeder Gemeindeverwaltung gegründet werden, dem auch Handwerksmeister und Arbeiter angehören. Die Wahl von Gemeindevorstellern soll auf Grundlage des allgemeinen gleichen geheimen Wahlrechts erfolgen mit der Beschränkung, daß nur wahlberechtigt ist, wer wenigstens zwei Jahre in der Gemeinde anässig ist. Alle Sonderrechte müssen wegfallen.

Zu der Auffassung, daß selbst die hier aufgestellten bescheidenen Anforderungen an die socialen Aufgaben der Gemeinde ohne das allgemeine, gleiche und geheime Wahlrecht ganz ausfallslos sind, konnte sich die Versammlung noch nicht aufschwingen; sie verlagte die Wahlrechtsfrage auf die nächste Zusammenkunft, acceptierte aber die übrigen Vorschläge des Referenten.

Dagegen erklärte sich die Versammlung mit den Bestrebungen des Flottenvereins einverstanden. Man erhebt aus dieser Stellungnahme, daß von politischem Verständnis bei diesen evangelischen Arbeitervereinen nicht gesprochen werden kann. Es ist nichts wie ein unklarer Gefühl des Elends ihrer Lage vorhanden, aber keine Erkenntnis der notwendigen Mittel zur Abhilfe.

Für Erleichterung der Einrichtung von Gewerbegerichten ohne Rücksicht auf die Einwohnerzahl sprach man sich gleichfalls aus. Außerdem wurde über Krankenkassen gesprochen und dabei vor den Schwindkassen gewarnt. Ein Pastor Späth aus Breslau redete über den socialdemokratischen Einfluß auf die Krankenkassen und wollte dem begegnen durch gleiche Vertretung der Unternehmer und der Arbeiter in den Kassen. Der Delegierte Stöfle aus Pforzheim erklärte, er könne in die Beurteilung der Socialdemokratie

bei der Verwaltung der Krankenkassen nicht einstimmen. Sie seien rührige Mitarbeiter. Auch der Sekretär Warrn verteidigte die Socialdemokraten unter Hinweis auf die Verwaltung der Frankfurter Ortskassen. Es wurden folgende Sätze angenommen:

1. In allen größeren Orten, in denen die Gemeinde-Krankensversicherung oder zersplitterte Orts-Krankenkassen bestehen, ist die Bildung centralisierter Orts-Krankenkassen zu empfehlen. 2. Die Bildung neuer Betriebs-Krankenkassen ist zu empfehlen, wo wohlwollende große Arbeitgeber ihren Arbeitern eine über das gewöhnliche Maß hinausgehende Krankenfürsorge schaffen möchten. 3. Eingeführte freie Hilfskassen sind nur als Zuschußkassen zu empfehlen.

Die Volksschule und der Kampf gegen die Unsitlichkeit war das Thema eines Vortrages, den Fräulein Stecker aus Danzig am zweiten Verhandlungstage der Generalversammlung des Landesvereins preussischer Volksschullehrerinnen hielt. Der Gedankengang des Vortrages ist niedergelegt in den folgenden Thesen, die nach mehrstündiger Diskussion von der Versammlung gutgeheißen wurden.

These 1. Die Unsitlichkeit mit ihren Folgeerscheinungen, den venereischen Krankheiten, bedroht in hohem Maße die Lebensfähigkeit und darum die Zukunft des deutschen Volkes. Sie ist durch wirtschaftliche, durch sanitäre und vor allem durch erzieherische Mittel zu bekämpfen.

These 2. Der Kampf gegen die Unsitlichkeit setzt am wirksamsten bei der heranwachsenden Generation ein. Daher hat sich die Schule, und zwar die Volksschule, die Fortbildungsschule und die höhere Schule an ihm zu beteiligen.

These 3. Der Volksschule fallen dabei folgende Aufgaben zu: 1. Erziehung zur Keuschheit. a) durch die Maßregeln der Schulaufsicht, durch Leibesübungen und Jugendspiele, die auf Stärkung des Willens, Erhöhung der Selbstdisziplin und Pflege des Schamgefühls zu richten sind; b) durch religiös-sittliche Beeinflussung im Gesinnungsunterricht; c) durch Ausbeziehung der Volksbibel und Einführung einer Schulbibel beim evangelischen Religionsunterricht; d) durch unbefangene und sachliche, mit Beginn des naturkundlichen Unterrichts einschleudende Belehrung über die zur Erhaltung der Art erforderlichen Lebensvorgänge bei Pflanzen und Tieren; e) durch Belehrung über die gesundheitslichen und sittlichen Gefahren der Unsitlichkeit für das Individuum und die Nation im menschlichen Unterrichts der Oberstufe, der in der Mädchenschule von der Lehrerin zu erteilen ist; f) durch Aufklärung über den Zusammenhang von Alkoholgenuss und Unsitlichkeit.

II. Reinigung der Umgebung des Kindes von unsittlichen Einflüssen: a) durch Hausbesuche der Lehrenden; b) durch strenge Handhabung des Fürsorgeerziehung- und Kinderzuschusses; c) durch Elternzusammenkünfte; d) durch planvolle Jugendfürsorge im Erziehungsbeitrag und Schulausschuss; e) durch Veredelung der Pflege der Säuglinge; f) durch Vorgehen gegen unzüchtige Auslagen und Schaustellungen sowie gegen den Vertrieb unsittlicher Bücher und Bilder unter Schulkindern; g) durch Vorgehen gegen öffentliche Häuser (Vordelle).

These 4. Die Volksschule kann diesen Aufgaben nur gerecht werden, a) wenn der Lehrstand während seiner Berufsvorbereitung auf den Kampf gegen die Unsitlichkeit vorbereitet wird; b) wenn der weibliche Einfluß auf der Oberstufe der Mädchenschule verstärkt wird.

These 5. Da Frauenarbeit infolge ungenügender Berufsbildung der Frauen am schlechtesten bezahlt wird; da ein hoher Prozentsatz der aus der Volksschule entlassenen Mädchen infolge der niedrigen Löhne aus Not der Prostitution verfallen, so kann die Volksschule nur dann mit Erfolg die Unsitlichkeit bekämpfen, wenn die obligatorische weibliche Fortbildungsschule eingeführt und wenn sie eine Berufsschule wird, welche die Erwerbsfähigkeit der Mädchen erhöht.

In These 3, I d wurde folgender Zusatz gemacht: „Eingehende methodische Belehrungen durch Bild und Wort über geschlechtliche Vorgänge beim Menschen, insbesondere über den Zeugungsakt, sind anzuführen. Belehrungen auf diesem Gebiete sind nur, wenn die Gelegenheit es fordert und auch dann nur mit dem Alter der Kinder entsprechenden Vorsicht und in beschränktem Maße zu geben.“

Unzulässige Meldeverordnung. Das Kammergericht hat eine Regierungs-Polizeiverordnung vom 2. Januar 1903 für ungültig erklärt, weil die polizeilichen Befugnisse überschritten wurden durch ihre Vorschrift, daß Arbeitgeber, die ausländische Arbeiter beschäftigen, diese polizeilich anmelden müssen. Nach dem Polizeiverwaltungsgefes könne sich eine polizeilich vorgeschriebene Meldepflicht nur erstrecken auf die Anmeldung von Personen, denen man Wohnung, Unterkunft gewähre. Von einem Arbeitgeber könne nicht durch Polizeiverordnung verlangt werden, daß er Arbeiter, die er nur beschäftigt, aber nicht zugleich beherberge, polizeilich anmelde.

Wer war der Arbeitgeber? Durch Klage beim Gewerbegericht verlangte der Bootsmann R. vom Riechgrubenbesitzer und Schiffseigner Triefethau 51 M. rückständigen Lohn. Der Vertreter des Beklagten bestritt die Zahlungspflicht dem Kläger gegenüber, weil der Steuermann Dertel der Arbeitgeber des Klägers gewesen sei und Beklagter seine Verpflichtungen dem Steuermann gegenüber voll erfüllt habe. Verträge schloß Beklagter nur mit den Steuerleuten. Diesen wurde anheim gegeben, sich soviel Bootleute und Kärner anzunehmen, wie sie brauchten. So sei es auch hier gewesen. Dertel habe allerdings dem Kläger die ihm zukommenden 51 M. nicht gezahlt, sondern sei ausgerückt. — Der Kläger blieb dabei, daß unter den obwaltenden Umständen der eigentliche Unternehmer haffe. Es sei Teilhaffahrt gewesen. Er habe übrigens dem Geschäftsführer des Herrn Triefethau gesagt, er möchte nicht dem Steuermann soviel Vorschüsse geben, sondern die 51 M. Lohn wenigstens zurückbehalten. — Auf diese Darlegung des Klägers erwiderte der Vertreter des Beklagten, daß dem Steuermann das Geld nicht habe vorenthalten werden können, weil er ein vertragliches Recht auf das Geld gehabt habe. — In der Verhandlung vor der Kammer 7 wurde festgestellt, daß Triefethau den Kläger zur Krankenkasse angemeldet hat und seitens des Unternehmers auch die Marken zur Invalidenversicherung geliefert wurden. Die Steuerleute hatten allerdings vertraglich die Pflicht, für die ordnungsmäßige Zahlung der Kassenbeiträge und das richtige Ableben der Marken zu sorgen. Die Verträge wurden mit Triefethau verrechnet. — Das Gewerbegericht unter dem Vorsitz des Gewerbeberichters Dr. Gerth verurteilte den Beklagten Triefethau zur Zahlung der 51 M. mit folgender Begründung: Zweifello habe Beklagter den Kläger zur Krankenkasse angemeldet und seine Invalidenversicherungs-Marken neben lassen. Danach sei er als Arbeitgeber zu betrachten, zumal es sich um sogenannte Teilhaffahrt handelte. Der Arbeitgeber sei aber verpflichtet, den Lohn zu zahlen. Wenn er ihn Dertel gegeben habe und dieser damit zurechtging, so bleibe er immer noch dem Kläger haftbar. Triefethau müsse dann aber sehen, das Geld von Dertel wieder zurückzubekommen.

Der Bäckerstreik

ist als beendet erklärt.

Western tagte in Kellers Saal eine stark besuchte außerordentliche Mitgliederversammlung des Verbandes der Bäckereiarbeiter. Heyßold beleuchtete die gegenwärtige Situation des Streiks, er besprach den über Erwartung günstigen Erfolg desselben und führte aus, daß es die Verhandlung für angebracht halte, den Streik jetzt zu beenden, nachdem die überwiegende Mehrheit der Betriebe die Forderungen bewilligt haben. Mit den 1875 Bäckereien, die als bewilligt verzeichnet sind, ist deren Zahl noch nicht erschöpft. Es kommen vielmehr noch eine Anzahl von Betrieben in Betracht, die zwar die Forderungen erfüllen, ohne daß sie es der Streikleitung gemeldet haben. Man könne mit etwa 2000 Bäckereien rechnen, welche die von den Arbeitern gestellten Bedingungen erfüllen. Mit diesem Erfolg des Streiks könne man durchaus zufrieden sein. Wenn auch die Schachtmacher am Werk seien, um die Meister zum Zurückziehen der Bewilligung zu veranlassen, so sei der Erfolg dieser Thätigkeit doch nur gering. In manchen Fällen hätten die Innungsführer wohl die Entfernung der Plakate erlaßt, aber die Bewilligung sei nicht zurückgezogen worden, die Verhältnisse seien vielmehr dieselben geblieben. — In seinen weiteren Aus-

fürhungen gedachte der Redner der anerkanntesten Unterstützung des Streiks durch das konsumierende Publikum, besonders der Arbeiterschaft. Er ersuchte seine Berufskollegen, ihren Dank für diese Unterstützung dadurch zu bekunden, daß sie sich fester, als es bisher der Fall war, der Arbeiterbewegung anschließen. Weiter machte der Redner den Bäckerei-Arbeitern die genaueste Zusammenfassung der neuen Bedingungen zur Pflicht. Insbesondere müsse jeder pünktlich zur Arbeit erscheinen, damit die Meister etwaige Unpünktlichkeiten nicht gegen die Befestigung des Kost- und Logiswesens ausnützen können. Wer wegen solcher Pflichtverletzungen entlassen wird, habe in keinem Falle auf Unterstützung durch den Verband zu rechnen.

Wenn nun der Streik zu Ende sei, so habe der Kampf damit noch nicht seinen Abschluß gefunden. Jetzt gelte es, den Kleinstreik zu führen für die Erhaltung dessen, was durch den Streik erreicht worden ist. Die Innehaltung der neuen Bedingungen müsse streng kontrolliert werden. Zu diesem Zweck sollen Kommissionen für die einzelnen Stadtbezirke eingesetzt werden und wird erwartet, daß sich die Verbandsmitglieder an den Arbeiten dieses Kleinstreikes mit aller Kraft beteiligen. — Der Redner empfahl namens der Verbandsleitung die nachstehende Resolution:

Die außerordentliche Mitgliederversammlung beschließt: In Anbetracht des günstigen Standes unseres Kampfes den Streik für beendet zu erklären.

Von 2250 in Betracht kommenden Bäckereien mit ca. 4500 beschäftigten Gesellen haben 1875 mit 3471 Gesellen bewilligt und haben sich in den letzten Tagen noch durchschnittlich 700 Streikende zur Kontrolle gemeldet; die Zahl der Streikenden ist also bedeutend geringer als die Zahl der vor dem Streik Arbeitslosen.

Die Versammlung spricht der Berliner Bevölkerung, vor allem den Arbeiterfrauen Berlins und der Vororte für die großartige Unterstützung während des Kampfes Anerkennung und Dank aus, denn nur mit dieser Unterstützung der Brotkonsumenten war es uns möglich, unseren Kampf in solch kurzer Zeit günstig für uns zu beenden. — Wie appellieren an das konsumierende Publikum, uns auch weiter darin zu unterstützen, daß Brot und Backwaren nur aus den Bäckereien gekauft werden, welche unsere Forderungen bewilligt haben, damit es uns gelingt, die errungenen Vorteile auch dauernd zu erhalten, denn nur dadurch wird es möglich sein, die Hauptursache der sanitären Missstände in den Bäckereien, das Kost- und Logiswesen beim Meister, für immer auszurotten.

Die Versammlung macht es allen Mitgliedern des Verbandes zur Pflicht, nun auch treue Mitglieder ihrer Gewerkschaftsorganisation zu bleiben, und als solche ihre Pflicht und Schuldigkeit vollständig zu erfüllen, damit dauernd die Stärke der Organisation eine solche bleibt, durch welche Bürgschaft dafür geleistet wird, die Errungenschaften zu erhalten.

Nachdem einige Redner im Sinne des Referenten gesprochen hatten, wurde die Resolution einstimmig angenommen.

Hierauf gab der Verbandsvorsitzende Allmann einige Verhaltensmaßregeln bekannt, die jetzt nach dem Streik zu befolgen sind. Am Freitag (heute) wird die letzte Streikunterstützung ausgezahlt. Wer zur Zeit außer Arbeit ist, wird am Sonnabend in die Listen des Arbeitsnachweises eingetragen und erhält dann Arbeitslosen-Unterstützung, sofern er als Verbandsmitglied ein Anrecht darauf hat. — Die 420—430 Bäckereien, die noch nicht bewilligt haben, müssen nach und nach zur Anerkennung der Forderungen veranlaßt werden, während über diejenigen, welche die Bewilligung zurückziehen, die Sperre verhängt werden soll.

Der Redner schloß mit einem Appell an die Antwohrenden, an der Organisation festzuhalten, die Pflicht der Solidarität zu erfüllen und mit aller Kraft dafür zu wirken, daß die Errungenschaften dieses Kampfes erhalten werden und die Organisation ihren weiteren Zielen entgegenstreben kann.

Nachdem auch Schneider in demselben Sinne gesprochen hatte, wurde die Versammlung geschlossen mit brausenden Hochrufen auf den Verband der Bäckereiarbeiter.

Die Innung will keine Einigung.
In ihrer gestrigen Generalversammlung beschäftigte sich die Bäckereinnung „Concordia“ mit dem Beschluß der Meisterversammlung vom Mittwoch, welche die Verhandlung vor dem Einigungsamt verlangt. Wie man nicht anders erwarten konnte, trat der Innungsvorstand dafür ein, daß nicht vor dem Einigungsamt verhandelt und die Organisation der Gesellen ignoriert werde. Der Vorstand will es jedem Meister überlassen, sich mit „seinen“ Gesellen zu verständigen, eventuell auch der Abschaffung von Kost und Logis zuzustimmen, aber die Streikleitung dürfe man nicht als Vertretung der Gesellen anerkennen. Die Herren vom Innungsvorstand hoffen, daß ihnen ein Vorkauf zu Hilfe kommen werde, den das bürgerliche Publikum gegen die Bäckereimeister richte, welche die Forderungen der Gesellen bewilligt haben. Eine Hoffnung, die ebenso unbegründet ist, wie die bisherigen Pläne der Innungsführer verfehlt waren. In der Versammlung dominierten diejenigen, welche — wenigstens öffentlich — von einem Friedensschluß nichts wissen wollen. Deshalb drangen auch die Redner, welche schon in der früheren „Concordia“-Versammlung sowie in der Versammlung am letzten Mittwoch die Einigung befürworteten, mit ihren Ansichten nicht durch. Vergebens war der Hinweis darauf, daß die Bäckereimeister in den Arbeitervierteln den Friedensschluß heftigst herbeiwünschten, vergebens war der Vorhalt, daß auch viele Besucher dieser Versammlung zum Frieden geneigt sind, aber nicht wagen, an dieser Stelle dafür einzutreten; vergebens war es, den unter dem Einfluß des Scharfmachertums stehenden Vertretern eines kurzfristigen Kleinmehrschmums Verzicht zu predigen. Die Auser zum Streik behielten die Oberhand. Ein Antrag, der den Innungsvorstand auffordert, das Einigungsamt anzurufen, wurde gegen wenige Stimmen abgelehnt und ein Antrag des Vorstandes angenommen, welcher besagt, daß die Innung ihren Beschluß vom 18. d. M. aufrecht erhält, das heißt jede Verhandlung mit der Vertretung der Arbeiterorganisation ablehnt. Ueberflüssigerweise sagt der angenommene Antrag auch noch, daß der in der Mittwoch-Versammlung gewählte Kommission das Recht abgetritten wird, für die Innung zu verhandeln. Ueberflüssig ist dieser Passus deshalb, weil sich die Kommission das Recht, für die Innung zu verhandeln, gar nicht beilegt. Sie verhandelt lediglich im Namen derjenigen Meister, von denen sie durch Versammlungsbeschluß dazu beauftragt ist, und diesen werden sich jedenfalls noch recht viele Bäckereimeister zugesellen, wenn sie erst zu der Einsicht kommen, daß ihre Angelegenheiten in dem vorliegenden Falle durch die Innungsführer in der denkbar ungünstigsten Weise vertreten werden.

Gewerkschaftliches.

Eine Hirsch-Dundersche Räubergeschichte.

Der „Gewerksverein“, das in Berlin erscheinende Verbandsorgan der Hirsch-Dunderschen Gewerksvereine, veröffentlicht in seiner vorletzten Nummer (21) eine „Entscheidung“, wonach der Vertrauensmann des sozialdemokratischen Tabakarbeiterverbandes und Kassierer des Gewerkschaftskartells in Köln a. Rh. mit dem Geschäftsführer einer Kölner Tabakfabrik einen Vertrag abgeschlossen hat, wonach der Vertrauensmann sich verpflichtet, gegen eine zwei Jahre lang zu zahlende Lantime von monatlich 25 M. die Interessen der Arbeiter an die betreffende Firma zu verkaufen. Der „Gewerksverein“ knüpft daran die folgenden Bemerkungen: „Ein sauberes Nebenberuf, aber Geld riecht nicht! Wo werden die Arbeiterinteressen verraten? Ist es etwa ganz unmöglich, daß auch in anderen Städten, mit anderen Firmen von anderen gewerkschaftlichen Vertrauensmännern“ deraartige Vertreterverträge abgeschlossen werden? Es wäre furchtbar! . . .“

In der That ein fetter Happen für alle Feinde der freien Gewerkschaften — wenn die Sache wahr wäre. In Wirklichkeit verhält sich der Vorgang so: Am 28. Mai vorigen Jahres erhielt der Bevollmächtigte der Kölner Zahlstelle des

Tabakarbeiter-Verbandes von dem Geschäftsführer der Firma Herrn. Jos. du Mont eine Einladung, der dieser nach vorheriger Rücksprache mit dem zweiten Bevollmächtigten Folge leistete, da er annahm, es handele sich um die Regelung von Differenzen, die zwischen der Firma und dem Verbande bestanden. Der Geschäftsführer jedoch stellte dem Bevollmächtigten Ludwig Klein das Ansuchen, daß die Firma für die Folge völlig unbeteiligt bleibe und daß Klein sie in jeder Weise in Arbeiterverhältnissen unterstützen solle. Als Gegenleistung sollte Klein monatlich 25 M. erhalten. Klein beschloß, diese ihm zugemutete ehehohe Vergütung zu brandmarken, zugleich aber sagte er sich, daß er einen schriftlichen Beweis haben müsse, da der Geschäftsführer sonst leugnen und ihn gar wegen Verleumdung verklagen konnte. Er bat sich scheinbar Bedenken aus. Dann setzte er sofort den Vertrauensmann des Gewerkschaftskartells, den Vorstand seines Verbandes und eine große Anzahl anderer Gewerkschaftsmitglieder in Kenntnis von der Zumutung des Geschäftsführers. Man sahte den Plan, um den Geschäftsführer festzunageln, von diesem sich einen schriftlichen Vertrag geben zu lassen. Der Plan gelang. Von der Wohnung des Geschäftsführers begab Klein sich sofort ins Gewerkschaftshaus, wo er mindestens fünfzig Leuten den Scheinvertrag lesen ließ, darunter auch einem bei der Firma du Mont beschäftigten Nichtorganisierten.

Das Verfahren des Geschäftsführers ist in öffentlicher Versammlung gedankt und die ganze Geschichte im „Tabakarbeiter“ unter wörtlicher Wiedergabe des „Vertrags“ abgedruckt worden. Und zwar in der Nummer 35 vom 30. August vorigen Jahres. Und heute nun kommt der „Gewerksverein“, zehn Monate später, um die Deftlichkeit mit seiner „Entscheidung“ zu überfallen — zum Gaudium der arbeitserfreundlichen Presse, die den Schwindel nachdruckt.

Berlin und Umgegend.

Zum Streik der Straßenbahn-Werkstättenarbeiter.

Zur Kontrolle meldeten sich gestern rund 800 Ausständige. Die Stimmung unter diesen ist zuversichtlicher wie vor einigen Tagen, als noch die abgesprungenen unsicheren Kantontisten unter ihnen weilten. Es herrscht jetzt nur eine Meinung unter den Streikenden: Ausdauern bis zur Erzielung einer Verständigung mit der Direktion, oder einmütige Aufgabe des Arbeitsverhältnisses. Auf die letztere Eventualität scheint es die Direktion vorläufig noch nicht ankommen zu lassen, denn einer Anzahl von Streikenden, die bereits ihre Entlassung nehmen und anderweitig in Arbeit gehen wollten, sind die Arbeitsbücher nicht ausgehändigt worden.

Während dessen machen die Beauftragten der Direktion nach wie vor die größten Anstrengungen, Arbeitskräfte heranzuziehen. Schriftlich und mündlich werden die Streikenden erucht, doch einzeln wieder zu den „Reichstöpfen Aegyptens“ zurückzukehren. Sogar die Streikposten traktiert man mit Bier und Cigaretten und sucht sie in den Betrieb hineinzulocken, indem man ihnen ganz vertraulich ins Ohr raunt, die Direktion wolle jetzt ja alles bewilligen! Thatsächlich ist den arbeitswilligen Hilfsarbeitern nun auch ein Anfangslohn von 30 Pf. pro Stunde zugesichert worden, der nach vier Wochen auf 32 1/2 Pf. erhöht werden soll. Den arbeitswilligen also giebt man einen erhöhten Lohn, den man den Streikenden verweigert.

Im Laufe des gestrigen Tages sind auch wieder mehrere Straßenbahnwagen voll arbeitswilliger von auswärts nach den Werkstätten befördert worden. Der größte Teil davon sind jedoch gar nicht erst an zu arbeiten, denn sobald die Leute erfahren hatten, daß in den Betrieben gestreikt wird, stellten sie sich den Ausständigen zur Verfügung. Die meisten der neu-angekommenen erklärten, ihnen sei selbst auf ihre Anfrage hin von den Werbe-Agenten ausdrücklich versichert worden, hier würde nicht gestreikt, sondern die Direktion wolle den Betrieb erweitern und brauche daher mehr Arbeitskräfte. Erst als sie von der Polizei estortiert wurden und die fliegende Polizeiwache in der Hauptwerkstatt sahen, sei ihnen die Sache bedenklich erschienen, bis sie dann schließlich von den Streikposten über den wahren Stand der Dinge informiert worden sind. Auf Grund dieser Vorpiegelung falscher Thatsachen dürfte bald eine niedrige Zahl von Schadensersatzklagen gegen die Große Berliner angebracht werden.

In den Werkstätten selbst nimmt die allgemeine Konfusion eher zu als ab. Die Meister müssen mit den lieben Arbeitswilligen ja wohl oder übel schon thun, innerlich aber wünschen sie dieselben zu allen Teufeln. Bei der Direktion sind schon einige Meister vorstellig geworden und haben dort erklärt, es sei ihnen ein- fach unmöglich, mit diesen Elementen ein brauchbares Stück Arbeit fertigzustellen. Sie hätten schon gerade genug, wenn sie diese Brüder bloß ansähen! Auch äußerten sie den Wunsch nach Dolmetschern, da sie sich den polnischen Arbeitswilligen nicht verständlich machen können. In bekannter Menschenfreundlichkeit haben sich darauf einige der Streikenden zu Dolmetschdiensten erboten, und den polnischen Arbeitern die Sachlage hier ein wenig zu verdeutlichen. — Mit den Arbeitswilligen ist aber noch ein andres Uebel in die Werkstätten eingezogen, nämlich — Läuse. Ein Teil der Importierten ist mit diesen so bedächtigen triebenden niedlichen Käfern behaftet; kein Wunder also, daß Meister und Ingenieure sich in einem respektvollen Abstand von ihren lieben Schützlingchen zu halten suchen, nachdem sie sahen, wach eigenartige Schwärmattaden das zutrauliche graue Viehzeug ausfährt. Wegen der sechsbeinigen Einquartierung haben gestern auch wieder eine Anzahl der vor dem Streik in den Werkstätten beschäftigten Leute ihre Entlassung genommen.

Es war unter den Streikenden bekannt geworden, daß in der „Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft“ Streikarbeit für die Große Berliner ausgeführt wird. Von seiten der Organisationen dürften sofort Maßnahmen getroffen werden, um die Arbeiter der A. E. G. zur Verweigerung der Streikarbeit zu veranlassen. — Angehts all dieser Thatsachen muß es fast einen bestürzenden Eindruck machen, wenn die Große Berliner immerfort durch ihre Presseleuten erklären läßt, sie sei mit Arbeitskräften schon hinlänglich versehen usw. Thatsache ist, daß sich die Situation für die Große Berliner ungünstiger gestaltet, als für die Streikenden.

Heute fühlt sich sogar das von uns wegen seiner falschen Berichterstattung mehrfach erwähnte Korrespondenzbureau noch obendrein durch unsere Feststellungen gekränkt. Es hält die Mitteilung aufrecht, daß wieder 600 Mann der früheren Ausständigen inklusive der nicht am Streik beteiligt gewesen Personen an der Arbeit seien. Diese Zahl kann doch nur herausgerechnet werden, wenn man zu den ca. 300 Abtrünnigen nebst den in Betriebe Verbliebenen auch sämtliche Meister, Kolonnenführer und was da sonst noch an Beamten und Halbbeamten umherläuft, mitzählt. Mit Einschluß der von auswärts importierten Arbeitswilligen sollen ca. 900 Mann in den Werkstätten arbeiten und damit der größte Teil des Bedarfs an Arbeitskräften gedeckt sein. Angenommen, diese Kopfzahl stimmte, so bieten diese 900 Arbeitswilligen kaum einen Ersatz für den dritten Teil der früher Beschäftigten, weil die besten Kräfte eben noch draußen sind. Ferner führt die Korrespondenz ihre frühere falsche Meldung von der Beendigung des Streiks in dem Moment, als er mit ver- schärfter Kraft einsetzte, auf eine angebliche Zusicherung der Streikkommission zurück, daß die Arbeit am folgenden Morgen, nachdem die Verhandlungen mit der Direktion stattgefunden hätten, wieder aufgenommen werden solle. Eine solche Zusicherung aber hat die Kommission nicht gemacht und konnte sie auch gar nicht machen, weil sie gar nicht wissen konnte, wie ihre Auftraggeber über die „Bewilligungen“ der Direktion urteilen würden. Die Kommission hat nur erklärt, sie würde die Meinung der Direktion der Versammlung unterbreiten, und falls diese mit dem Gebotenen zufrieden sei, stände einer Wiederaufnahme der Arbeit nichts im Wege. Entweder ist also die Direktion bei den Verhandlungen schwerhörig gewesen oder ihre Leibjournalisten haben bei der Inspiration die Sache falsch aufgefaßt und dann auch falsch verbreitet.

Deutsches Reich.

Das neueste Polizeigefälle in Königsberg. Ueber so manche Polizeithat ist aus Anlaß des Maurerstreiks berichtet worden. Dit trat auch zu Tage, wie die Polizei an der Seite der Unternehmer gegen die Arbeiter auftrat, doch der neueste Fall übertrifft alle bisherigen Maßnahmen. Vor zwei Jahren fand in Königsberg ebenfalls ein Maurerstreik statt. Auch damals importierte das Unternehmertum eine Anzahl Italiener und sonstige ausländische Maurer nach Königsberg. Einer dieser blieb nach dem Streik in der Stadt, trat der Organisation bei und arbeitete weiter. Er ist ein Deutscher, aber auch der italienischen Sprache mächtig. Als in diesem Jahre die Maurer in den Ausstand traten, streifte er selbstverständlich mit. Er versuchte auch nach Kräften die Sache der Maurer zu fördern, und da er italienisch sprechen konnte, so versuchte er, an die arbeitenden Italiener heranzukommen, um sie über die wahre Sachlage aufzuklären. Das war ein fürstbares Verbrechen in den Augen der Polizei und sie wies den Ausländer, „weil er sich lästig gemacht hatte“, kurzerhand aus. Am Pfingstfeiertage mußte er die Stadt verlassen. Es wurde ihm gesagt, daß er gar nicht auf den Beschluß des Regierungspräsidenten zu warten habe, sondern sofort das preussische Gebiet verlassen müsse.

Werterbeiter! Auf der Kochischen Schiffswerft in Lübeck sind aus Anlaß des Rietterstreiks sämtliche Arbeiter ausgeperrt worden. Zugang von Werterarbeitern ist streng untersagt!

Ausland.

Ausperrung der Wiener Bauarbeiter. In Wien ist es, wie schon in dem Artikel „Streikbewegung in Wien“ der letzten Mittwochnummer des „Vorwärts“ als höchst wahrscheinlich bezeichnet wurde, zu einer großen Arbeiterausperrung im Baugewerbe gekommen. Am Dienstagmittag hielt der große Ausschuß der Bau- und Steinmetzmeister-Gesellschaft in der Wohnung des Obmannes Baumeisters Reinhardt eine Besprechung ab, in der zu den Montag von den Bauarbeitern gefassten Beschlüssen, an ihren Lohnforderungen festzuhalten, Stellung genommen wurde. Der Vorsteher Reinhardt teilte mit, daß die Arbeiter bereits wieder an vier oder fünf Bauten die Arbeit eingestellt hätten und demzufolge die Gesellschafter gezwungen sei, den Beschluß der Vollversammlung vom 5. d. M. in Kraft treten zu lassen. Es wurde einstimmig beschlossen, Sonnabend, den 28. d. M., an sämtlichen Bauten die Arbeiter zu entlassen und hieron im Genossenschaftswege alle Baumeister zu verständigen. Die Baumeister erklärten zugleich, die Ausperrung so lange ausrecht zu erhalten, „bis sich die Gehilfenschaft unterwerfe“.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Zu der in unserer heutigen Nummer unter der Rubrik „Aus Industrie und Handel“ mitgeteilten Fusion der Hamburger Aktiengesellschaft „Neue Börsehalle“ mit August Scherl teilt das „Wolffsche Telegraphenbureau“ noch das folgende mit:

In dem Vertrage, dessen wesentliche Punkte der „Hamburgische Correspondent“ und die „Neue Hamburgische Börsehalle“ morgen früh veröffentlicht werden, sind, wie von beteiligter Seite erklärt wird, Bestimmungen getroffen, die eine sichere Bürgschaft dafür bieten, daß die im Verlage der Aktiengesellschaft „Neue Börsehalle“ erscheinenden Blätter ihren Hamburgischen Charakter und ihre politische Richtung bewahren.

Französische Deputiertenkammer.

Paris, 26. Mai. (W. T. U.) Im weiteren Verlaufe der Debatte über die Vorlage betreffend die zweijährige Militärdienstzeit führt Oberst Roussel aus, die Mobilisation werde, wenn die Vorlage angenommen werde, langsamer vor sich gehen; das deutsche System verfolge dagegen das Ziel, kampfbereit zu sein, sobald der Krieg erklärt ist, und sogar noch vor der Kriegserklärung. Redner kommt schließlich trotz seiner prinzipiellen Zustimmung zu dem Besetze zu dem Schlusse, daß die Vorlage abzulehnen sei. (Beifall rechts.) Gerbais (demokratischer Republikaner) empfiehlt Annahme der Vorlage und legt dar, daß es möglich sei, mit der zweijährigen Dienstzeit die Organisation des Heeres noch stärker zu gestalten, als heute; Redner tritt für den vom Senat angenommenen Wortlaut der Vorlage ein. Messimy (socialistischer Radikaler) spricht sich für die von der Kommission angenommene Fassung aus und erklärt, Frankreichs Militärpolitik dürfe sich nicht nach der Deutschlands richten, sondern nach den Hilfsquellen Frankreichs sowohl an Menschenmaterial wie an Geld; es sei besser, mehr auf die Tüchtigkeit, als auf die Anzahl der Soldaten zu setzen. Die Weiterberatung wird dann auf Montag verlag.

Russische Kassenvereine.

Paris, 26. Mai. (W. T. U.) Der Petersburger Korrespondent des „Echo de Paris“ berichtet, daß Russland zwecks Beendigung des russisch-japanischen Krieges die Mobilisation von zwei Millionen Mann Truppen beabsichtigt. Die Mobilisation werde progressiv vor sich gehen und in den östlichen Provinzen beginnen. Ein Staatsmann soll dem Vertreter des genannten Blattes erklärt haben, Russland werde eher der ganzen Welt den Krieg erklären, als eine Demütigung über sich ergehen lassen. — Dasselbe Blatt berichtet, daß der deutsche Kaiser außer dem Telegramm „Russlands Trauer sei deutsche Trauer“ auch noch mehrere andre jhmopatisch gehaltene Telegramme an den Zaren gerichtet habe. Der Korrespondent glaubt, daß der Kaiser damit beabsichtige, Deutschland aus seiner Isolierung herauszudrängen.

Petersburg, 26. Mai. (W. T. U.) Graf Lambsdorf hat fortgesetzte Besprechungen mit den Vertretern der Mächte. Er erklärte, Russland habe die amerikanische Note des Staatssekretärs Hay unterschrieben, falls China jedoch die Neutralität auf irgend eine Weise verletzen sollte, würde Russland dementsprechend handeln.

Petersburg, 26. Mai. (W. T. U.) Die englischen und amerikanischen Proteste gegen die Verwendung von Unterseeminen im Golfe von Persien sind von der öffentlichen Meinung sehr mißfällig aufgenommen worden.

Vom russisch-japanischen Kriegsschauplatz.

London, 26. Mai. (W. T. U.) Nach einer Meldung der „Central News“ aus Tokio nahmen die Japaner Rintschau heute mit Sturm.

London, 26. Mai. (W. T. U.) Hiesige Blätter melden aus Tokio unter dem heutigen Datum: Die Japaner vertrieben gestern die Russen aus Rankiang. Heute vormittag erstickten und nahmen sie nach heftigem Kampfe Rintschau.

Tokio, 26. Mai. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) General Auroki berichtet unter dem gestrigen Datum: Nach einem Gefecht bei Topu nahm russische Kavallerie Stellung bei Pataschi. Die Japaner griffen sie an und schlugen sie. Eingeborene erzählten, es seien drei Russen gefallen und 18 verwundet. Am Nachmittag wurden ein russischer Offizier und ein Gemeiner gefangen genommen.

Bukarest, 26. Mai. (W. T. U.) Der Dolmetscher der hiesigen serbischen Gesandtschaft, Kosia Kanowitsch, vergiftete sich wegen ihm angeblich seitens seiner Vorgesetzten angethanen Ungerechtigkeiten.

Louisville (Kentucky), 26. Mai. (W. T. U.) Durch eine Kessel- explosion auf dem Schlepper „Fred Wilson“ sind 13 Leute getötet, 8 tödlich und 5 weniger gefährlich verletzt. Einige der Verunglückten sind aus Pittsburg, andre aus Middleport (Ohio). Der Schlepper wurde zerstört.

Konferenz der deutschen und österreichisch-ungarischen Sozialisten in der Schweiz.

Winterthur, 23. Mai.

In dem hübsch dekorierten Saale des Verkehrslokals der hiesigen organisierten Arbeiterschaft, der „Helvetia“, fand gestern die Konferenz unter ausländischen Genossen in der Schweiz statt.

Der Bericht des Landesauschusses gab nicht viel zu reden. Warme Anerkennung wurde der Kindergartenin Frau Weiz-Janner in Ehrer gesendet für die wahrhaft mütterliche Fürsorge, welche sie den Waisen unsres dort verstorbenen Genossen Hampel angedeihen läßt, und einstimmig wurde das Bureau beauftragt, der edlen Frau schriftlich den Dank für ihre gutes Werk auszusprechen.

Deutsche Lehrerversammlung.

Königsberg i. Pr., 25. Mai. (Eig. Ber.)

Heute referierte zunächst der Seminarlehrer Rütshaus über „Universität und Volksschullehrerbildung“. Vor einigen Jahren sei ein Buch „Erziehung und Erzieher“ erschienen, in dem der Gedanke ausgesprochen worden sei, zwischen der Bildung der unteren und der oberen Stände werde stets eine unüberbrückbare Kluft bleiben; als Tugenden der Volksschullehrer seien Geduld, Selbstbeschränkung und Entschagung gefordert worden.

Rebellion und Fürstenmord auf Befehl des Zaren.

III.)

Dynamit und Bomben im Dienste der russischen Regierung.

In der Bekämpfung der Anarchisten und Revolutionäre gehört zu dem eisernen Bestand der Regierungen und der „Ordnungsparteien“ die fittliche Entzweiung über die Anwendung von Dynamit und andern Explosivstoffen als feiger Waffent.

Die russische Regierung aber lieferte den Verschwörern Dynamit und Bomben:

Am 20. Januar 1888 — in dem schon in großen Umrisse geschilderten Plane der russischen Regierung zur gewaltsamen Entfernung und Ermordung des Fürsten Ferdinand von Bulgarien — sendet der kaiserliche Gesandte in Bukarest, der vielgenannte Herr Sitrowo, an den Direktor des asiatischen Departements in Petersburg eine chiffrierte Depesche mit näheren Angaben über die Verschöderung des ebenfalls schon genannten Kaufmanns Rowikow.

„Zur Ausführung des geplanten Vorhabens glaubt der Kaufmann Rowikow Dynamitpatronen anwenden zu können. Solches wurde ihm auch von vertrauenswerten Personen geraten, die sich bereit erklärt haben, thätigen Anteil zu nehmen. Infolgedessen habe ich die Ehre, Ew. Excellenz ergeben zu bitten, wenn möglich gütigst anzuordnen, daß aus unsren Depots Dynamitpatronen nach Kustschuk geschickt werden, wo man die Ankunft des Prinzen Koburg erwartet.“

Das ist gewiß unzweifelhaft. Aber es kommt noch besser. Am 12. Februar 1888 telegraphiert Herr Sitrowo an denselben Direktor:

„Den Inhalt des geheimen Telegramms habe ich dem Kaufmann Rowikow und Lieutenant Kololow mitgeteilt. Letzterer reist nach Sofia, um mit dem Kriegsminister (Notabene: dem bulgarischen Kriegsminister, der also für den Hochverrat geworden ist) den Vertrag für Lieferung von Gewehren und Revolvern zu schließen. Kaufmann Rowikow reist nach Petersburg, um persönlich Ew. Excellenz über den Stand der Verschöderung gegen den Prinzen Koburg zu berichten und um die Ueberlassung von Dynamit-Bomben zu bitten.“

gabe des Studiums für alle Seminar-Abiturienten. Dementsprechend enthielten seine Zeitsätze nur das, was für die nächste Zeit erreichbar ist. (Lebhafter Beifall.)

In der Diskussion wird von fast allen Rednern bemängelt, daß die Zeitsätze des Referenten die Universität nur für die Fortbildung der Lehrer, nicht für ihre Bildung überhaupt verlangen, ferner daß er zunächst nur einer Auslese von Lehrern, nicht allen, die Universität erschließen wolle. Freyhel-Berlin erklärt den Referenten für zu staatsmännlich-ängstlich. Leuschke-Dresden ist der Meinung, daß die Zeitsätze die prinzipielle Forderung des Referenten geradezu aufheben. Lenz-Berlin: Die Forderung der Lehrer sei eine kulturelle Notwendigkeit. Pautsch-Berlin: Der Referent wolle die Seminare konfiszieren, die Lehrer wollten sie abschaffen. Am meisten Eindruck erzielte Langermann-Warmen: Der Referent wolle Kletterstangen errichten, an denen die Strebsamen emporklettern könnten. Am höchsten würden diejenigen kommen, die am leichtesten seien. (Stürmischer Beifall.) Man solle die Frage der Karriere, ob man zum höheren Schulamt zugelassen werden könne, nicht mit der Frage verquicken, wie sich der Lehrer am besten für seine Arbeit an den Kindern vorbereite. Der ganze Lehrerstand in allen seinen Gliedern müsse gehoben werden. Man solle lieber auf hohe Ziele verzichten, wenn sie für die Masse der Lehrer nicht erreichbar seien.

Bei der Abstimmung wurden die von Langermann eingereichten Thesen mit großer Mehrheit angenommen. Sie lauten:

1. Die Universitäten als Centralstellen wissenschaftlicher Arbeit sind die geeignetste, durch keine andre Einrichtung vollwertig zu ersetzende Stätte für die Volksschullehrerbildung.
 2. Für die Zukunft erstreben wir daher die Hochschulbildung für alle Lehrer.
 3. Für die Jetztzeit dagegen fordern wir, daß jedem Volksschullehrer auf Grund seines Abgangszeugnisses vom Seminar die Verechtigung zum Universitätsstudium erteilt werde.
- Den letzten Vortrag hielt Rektor Fuchs-Rolberg über „Die Schulaufsichtfrage“. Die pädagogische Vorbildung der Lehrer ist eine höhere wissenschaftliche geworden. Darum ist es ein Übel, daß in der Kontrolle der Lehrarbeit seit Jahrhunderten keine Aenderung eingetreten ist. In recht wenig Ländern ist die sachmännische Schulaufsicht eingeführt, obwohl die Lehrer seit Jahrzehnten in entschiedener Weise darum kämpfen und die schweren Schäden der geistlichen Schulaufsicht ans Licht gezogen haben. Man verlange von keinem zweiten Berufe, daß seine Angehörigen gleichzeitig Meister in einem andern Berufe sein sollen. Die Kunst der Schulaufsicht besteht nicht nur darin, Mängel auszusprechen. Das vermögen die Geistlichen schließlich wohl. Sondern der Aufsichtsbeamte soll die Ursachen der gefundenen Mängel aufzufinden, zu würdigen und zu beseitigen in der Lage sein. Das könne nur der Sachmann. Deshalb müsse man als Aufsichtsbeamte Männer wählen, die durch jahrelange Verthätigung in allen Zweigen der Volksschularbeit in den Stand gesetzt seien, die Arbeit des Lehrers sachgemäß beurteilen zu können. Es sei ihm von einem Theologen gesagt worden, daß 70 bis 80 Prozent der Geistlichen mit der Forderung der Lehrer einverstanden seien. Die Lehrer wollten damit durchaus nicht den Religionsunterricht aus der Volksschule entfernen. Die Einführung der sachmännischen Schulaufsicht würde die bisherigen Kosten von 1 Million Mark auf 6 Millionen Mark erhöhen, doch das dürfe kein Grund dagegen sein. (Lebhafter Beifall.)

In der Diskussion nimmt als erster der Generalsuperintendent Braun-Königsberg das Wort, um der geistlichen Schulaufsicht mehr oder weniger verblümt das Wort zu reden. Er findet aber keinen Anlaß. Um so stürmischer Beifall erntet abermals Langermann-Warmen mit seinen Ausführungen: Die Kirche solle den Theologen bleiben, die Schule gehöre den Pädagogen. Würden die Theologen eine sachmännische Aufsicht dulden? Wenn die Theologen Kircheninspektoren aus den Reihen der Lehrer nehmen wollten, so würden sich die Lehrer auch theologische Inspektoren gefallen lassen. Reichstags- und Landtags-Abgeordneter Kopsch stimmt „voll und ganz“ mit Fuchs überein. Besonders freue es ihn, daß er nicht den Geistlichen und der Religion den Kampf erklärt habe.

Reiche-Stuttgart verlangt, daß der Religionsunterricht in der Schule auch von Schulmännern, nicht von Geistlichen beaufsichtigt werde. In Württemberg nehme der Religionsunterricht ein Drittel aller Unterrichtsstunden in Anspruch. Die liberalen Parteien scheinen neuerdings immer mehr zu den Reaktionen überzugehen. Sie hätten einen Reaktionskopf und einen Fortschrittsfuß.

Bei der Abstimmung werden die folgenden Zeitsätze des Referenten einstimmig angenommen:

1. Im Interesse der Schule ist die sachmännische Schulaufsicht einzuführen.

Am 10. Juni 1888 depechiert dann der kaiserliche Geschäftsträger, daß Rowikow jetzt die Personen zur Verschöderung gefunden habe, bittet

„Ich zu diesem Zweck Dynamit-Patronen zu überlassen und ebenso um eine Geldentschädigung für die Familien der Personen, welche sich zu der That entschlossen haben und sich einem möglichen Mißgeschick aussetzen. Rowikow glaubt, daß 50 000 Franc genügend sind.“

Am 14. August antwortete der Direktor aus Petersburg, daß die Bitte des Kaufmanns Rowikow nicht erfüllt werden kann, aber nicht etwa, weil die Gottes Gnade Regierung des Zaren von solchen nichtwürdigen Verbrechen nichts wissen wolle, sondern „weil Herr Rowikow das in ihn gesetzte Vertrauen durch nichts gerechtfertigt hat.“

Und am 23. Dezember 1888 erklärte sich der Direktor in einer chiffrierten Depesche an den russischen Gesandten in Bukarest, die wir bereits im letzten Artikel zum Abdruck gebracht haben, bereit, die Sprengstoffe zu liefern, die nötig sind, um den Zug in die Luft zu sprengen bezw. zur Entgleisung zu bringen, in welchem der Fürst nach Kustschuk-Warna reisen werde.

Hand in Hand mit der Auffklärung dieser verbrecherischen Thatfachen geht die Aufklärung darüber:

Welchen Zwecken dienen die Polizei-Agenturen, welche die russische Regierung im Auslande unterhält?

Bekanntlich hat die deutsche Regierung im Reichstage offen zugestanden, daß sie der russischen Regierung gestattet habe, in Berlin bei der russischen Gesandtschaft einen russischen Polizeibeamten zur Ueberwachung der russischen Anarchisten und Verschöderer zu installieren. Die Angliederung an die russische Gesandtschaft macht also diesen Beamten unüberleglich, das heißt unversorgbar für alle Verbrechen, die er inszenieren könnte. Für die Beurteilung der Frage, ob man einen solchen Gedanken überhaupt hegen darf, mag nachfolgender Geheimbrief des kaiserlichen Gesandten in Bukarest an den oft erwähnten Direktor des asiatischen Departements in Petersburg lehren. Dieser Brief — vom 11. Mai 1890 — lautet:

„Der Leiter der geheimen (russischen) Polizei-Agentur in Paris (Staatsrat Roskowsk) hat einen der ihm unterstellten Beamten der Geheimpolizei nach Rumänien geschickt, um den russischen Sozialisten Durgun zu verfolgen.“

Ueber diesen Auftrag hat der Wirl. Geheime Staatsrat Roskowsk dem Gendarmen-Oberleutnant Milewski befohlen, während der Anwesenheit des Letzteren in Bulgarien vollkommen vertrauenswerten Personen heimlich zu sein, um eine Verschöderung gegen einige der bulgarischen Fürsten von Bulgarien, Prinz Koburg, ins Werk zu setzen. Im äußersten Falle kann der Oberleutnant Milewski den Personen, welche ihm unser Generalkonsul in Konstantinopel bezeichnen wird, Explosiv-Bomben übergeben, dieselben sind in Paris von dem Protektioner Feodorow angefertigt worden.“

2. Die Volksschulen sind unmittelbar dem Kreisinspektoren zu unterstellen; die Lokal-Schulaufsicht ist zu beseitigen.

3. Die Kreisinspektoren im Nebenamt ist aufzuheben; zu ständigen Kreisinspektoren sind Schulmänner, die sich im Volksschuldienst bewährt haben, zu berufen.

Damit haben die öffentlichen Verhandlungen ihr Ende erreicht.

15. Verbandstag der deutschen Gewerksvereine (Hirsch-Dunker).

Hannover, den 25. Mai 1904.

Zweiter Verhandlungstag.

Nach Eröffnung der Sitzung trat der Verbandstag sofort in die gestern vertagte Debatte über die

„Heimarbeiterfrage“.

Elbel-Stadtulja (Stuhlarbeiter) als erster erklärt sich mit den Ausführungen der Referenten und der Resolution im allgemeinen einverstanden. Er richtet aber an den Centralrat die Frage, warum die Gewerksvereine nicht offiziell auf dem Heimarbeiterkongress vertreten waren. Kaurer-Berlin (Klempner) giebt auch die über alles traurige Lage der Heimarbeiter zu, glaubt aber, daß man nicht vergessen dürfe, daß eine ganze Reihe von Heimarbeitern gar nichts von der Abschaffung der Heimarbeit wissen wollten. Da es zur Zeit noch an statistischen Unterlagen fehle, so sei auch eine gesetzliche Regelung noch nicht wünschenswert. Legerloz-Burg (Ledearbeiter) schildert die Lage der Handarbeiter, die neben der Fabrikarbeit noch Heimarbeit verrichten, und im allgemeinen durch die Heimarbeit in wirtschaftlicher und sittlicher Hinsicht schwer zu leiden haben. Sagenor-Essen (Schneider) wendet sich gegen die nur durch die billigen Schleudertwaren möglichen Verkäufe in Waren- und Konfektionshäusern. Die dort geforderten Preise seien nur durch die Heimarbeit denkbar, die die schwerste Lohnbrüderlei zuliehe. Der Redner forderte Betriebswerkstätten für den jetzigen Heimarbeiter. Er verpflichtet sich dann auch von der Führung einer Namenliste der Heimarbeiter und Heimarbeiterinnen durch den Arbeitgeber viel Gutes. Vor allem werde dadurch vermieden, daß, lediglich um dem Luxus zu frönen, viele Angehörige sogenannter besserer Stände die Konkurrenz in der Heimarbeit vermehren. Wenn diese erst wüßten, daß ihre Namen in einer Liste ständen, die der Öffentlichkeit zugänglich ist, würden sie sich hüten, weiter zu niedrigen Preisen zu arbeiten. Fiegler-Düsseldorf (Metallarbeiter) will selbst auf die Gefahr hin, daß ihm der Vorwurf eines Rührers, der auf dem Kampfstandpunkt stünde, gemacht wird, die Frage nochmals ansprechen, weshalb der Centralrat den Heimarbeiterkongress nicht offiziell beistimmt habe. Es war nach der Veröffentlichung der Einladung Zeit genug zur Stellungnahme. Die Einladung sei ganz allgemein an die ganze Arbeitererschaft gerichtet gewesen. Selbst auf die Gefahr hin, daß dort ein einseitiger politischer Standpunkt vertreten wurde, mußte der Kongress beistimmt werden. Wenn gesagt sei, daß keine Statistiken über die Heimarbeit beständen, so sei es Pflicht des Centralrats gewesen, eine derartige Grundlage zu schaffen. Der Redner ging sodann auf die Heimarbeit in den rheinischen Bezirken ein und entwarf besonders von der Kinderarbeit ein recht trauriges Bild. In der Schloßindustrie in Solwert werden z. B. zum Zusammenheften der Schloßer noch nicht schulpflichtige Kinder beschäftigt. Die Lehrlinge lassen die Hausmeister aus den Waisenhäusern im Ofen kommen. In Solwert würden sie dann nur mit einer Arbeit während dreier Jahre beschäftigt, um erst am Schluss des dritten Jahres notdürftig einiges zu lernen. Als berufsfähiger Handwerker gehe dann der junge Mann in die Welt. Kamin-Berlin, Vorsitzender des Centralrats, will zunächst die an ihn gerichtete Frage beantworten. Der Centralrat habe, daß die Gewerksvereine eine besondere Einladung nicht erhalten haben, die Ansicht gehabt, daß es der Würde der Organisation nicht entspreche, den Sozialdemokraten auf Schritt und Tritt nachzulaufen. Wenn andre Einladungen erhalten hätten, so habe wohl auch die zweitgrößte Arbeiterorganisation, die Gewerksvereine eine solche erwarten dürfen. Hubner-Burg (Fabrikarbeiter) giebt die Schuld an den Verhältnissen den Heimarbeitern selbst. Der Redner billigte die Haltung des Centralrats zur Frage der Beschäftigung des Heimarbeiterkongresses. Reger-Berlin (Kaufleute) entwarf ein Bild der traurigen Lohn- und Arbeitsverhältnisse bei den Adressenschreibern. Hoffmann-Thale (Handarbeiter) verlangt keine Vereitigung, sondern eine Vereinerung der Heimarbeit. Er weist darauf hin, daß die Fabrikarbeit für

Von der russischen Polizei-Agentur in Paris ist also das nichtwürdige Verbrechen begangen worden, Verschöderungen anzuzetteln und für ein Attentat auf den Fürsten von Bulgarien in Paris Dynamit-Bomben anzufertigen und durch russische hohe Beamten in Konstantinopel den Verschöderern übergeben zu lassen. Nun fragen wir: Ist das, was in Paris geschehen, in Berlin unmöglich, für alle Zeiten undenkbar?

Wir erfahren aus diesem Geheimbrief weiter, daß diese zwecks Fürstenmord nach Bulgarien entsandten „Agenten“

durch die russische Polizei-Agentur in Paris mit französischen Pässen versehen worden sind und daß die russische Gesandtschaft in Paris hieron in Kenntnis gesetzt werden soll.

Und zwar nicht bloß ausnahmsweise, sondern das scheint regelmäßig und wiederholt geschehen zu sein, denn am 7. Juni 1890 meldet der Leiter der geheimen Polizei-Agentur in Paris, der wirkliche russische Staatsrat Roskowsk, an den russischen Gesandten in Bukarest:

„Indem ich die anliegenden, von den französischen Behörden ausgestellten Auslandspässe übersende, habe ich die Ehre, die kaiserliche Gesandtschaft ergeben zu bitten, dieselben den nach Rumänien geschickten Beamten unserer Pariser Geheimpolizei zu übergeben. Von dem Gesandten bitte ich die kaiserliche Gesandtschaft in Paris in Kenntnis setzen zu wollen.“

Nun giebt freilich in jenem Briefe vom 11. Mai 1890 der russische Gesandte Sitrowo den Rat, bis zur Beendigung des Prozesses gegen Major Paniza sich aller neuen Anschläge in Bulgarien zu enthalten, weil

„die Bulgaren zu wirklichem Handeln unfähig sind und man daher nicht darauf rechnen kann, daß die Anwendung der in der letzten Zeit in Paris verfertigten Dynamit-Bomben zu einem günstigen Ergebnis führt.“

Aber dieser Rathschlag des erfahrenen „Verschöderungsmachers“ und insbesondere seine Motivierung beweist nur die nichtwürdige und verbrecherische Gesinnung der russischen Regierung. Denn nicht nur Herr Sitrowo urteilt so, sondern auch der Leiter der auswärtigen Politik Rußlands, der Staatssekretär Giers befolgt dieselben christlichen Grundsätze. In einem Geheimbriefe des Direktors des Departements der Staatsangelegenheiten an den kaiserlichen Gesandten in Bukarest — wir erhalten so langsam alle hohen russischen Würdenträger zu Helfershelfern von Fürstenmördern — vom 11. Juni 1890 heißt es u. a.:

„Gnädiger Herr Michael Alexandrowitsch!

Ew. Excellenz hat die Güte gehabt, mich am 10. Mai zu benachrichtigen, daß es unzweifelhaft sei, die in Bulgarien befindlichen Agenten der Geheimpolizei mit unsren Auslands-pässen zu versehen.

Auf Grund der Mitteilung der kaiserlichen Gesandtschaft vom 11. Mai schreibt der Staatssekretär Giers in einem berechtigten Briefe an den Minister des Innern, daß er die Verwaltungsmahregeln nicht billigt, welche der Wirkliche Staatsrat Roskowsk behufs Uebergabe der von Herrn Feodorow verfertigten Bomben an einige Bulgaren gegeben

*) Siehe auch in Nr. 78 (I) und Nr. 83 (II) des „Vorwärts“.

Frauen und Kinder viele schwere stilkliche Schäden mit sich bringe. Besonders müsse eine scharfe Wohnungsinspektion gefordert werden. Frau Madedl (Ober-Schönweide (Frauen) will, daß das Zwischenmeisterthum in der Resolution erwähnt werde. Sie teilt weiter mit, daß nach Erlass der Verordnung im Januar 1904, durch die die Heimarbeit unter die Krankenkassen gestellt wurden, der Versuch gemacht sei, dies zu umgehen. Ein königlicher Hoflieferant in Berlin habe ihr angeboten, sie solle sich einen Gewerbeschein verschaffen, andernfalls könne er sie nicht mehr beschäftigen. Kappeler-Cannstatt (Metallarbeiter) schilderte die schlechten Lohn- und Arbeitsverhältnisse in der süddeutschen Uhren- und Strohhutmammanufaktur. Ziegler-Düsseldorf (Metallarbeiter) gab die Erklärung ab, daß ihm die Begründung des Centralrates betreffs des Heimarbeiterschutzes Kongresses nicht genüge. Keine Arbeiterorganisation habe eine Einladung erhalten und vertrete er dem gegenüber den Standpunkt, daß auch wenn die Gewerbevereine mit einer gewissen Absichtlichkeit ausgeschaltet werden sollten, sie doch die Verpflichtung gehabt hätten, hinzugehen und zu erklären: wir wollen dabei sein, wir lassen uns nicht zurückdrängen. Weiter betonte der Redner zur Frage der Heimarbeit, daß man nicht warten solle, bis die Organisation selbst stark genug sei. Der Staat müsse eingreifen, wenn nicht die Mütter unserer Jugend vernichtet werden solle. Er stimmte den Ausführungen der Frau Madedl bezüglich des Zwischenmeisterthums zu. — Eibel-Staffulza (Stuhlarbeiter) glaubt, der Centralrat hätte nicht warten sollen, bis eine Einladung per Equipage erfolge und geht sodann auf den schweren Schaden ein, der durch die Zuchtshausarbeit entsteht.

Die Zuchtshausarbeit als solche besprach im Anschluß daran der Referent Berndt, während Hartmann-Dortmund (Metallarbeiter) über das Submissionswesen und seinen Einfluß auf die Lohnbildung in der Heimarbeit sprach. — Redakteur Goldschmidt sieht die ganze Frage als eine der schwierigsten überhaupt an. Nicht alles würde sich als durchführbar erweisen, was gefordert werde. Er erwähne nur die Kontrolle darüber, ob die Heimarbeiterin auch die hoffentlich bald durch den Reichstag auf 10 Stunden festgesetzte Arbeitszeit auch einhalte. Auch bei der Gewerbe-Inspektion sei zu bedenken, daß von der Heimindustrie vielfach qualifizierte Bürgerfrauen und Töchter des Lurus wegen beschäftigt würden. Hier gerade würden Preise gezahlt, die an wirkliche Arbeiterinnen nicht gezahlt werden könnten. Wenn man derartige auch nicht billige, so sei es doch nicht so leicht zu beseitigen. Ebenso gehe es mit dem Zwischenmeisterthum. Auch liegen einige der gesetzlichen Bestimmungen leicht Umgehungen zu. Das Hauptgewicht sei vorerst auf die moralische Einwirkung der Organisation besonders auf die weiblichen Arbeiter zu legen.

Nach kurzen Ausführungen der Referenten kam der Verbandstag zur Abstimmung der während der Debatte eingegangenen folgenden Anträge: 1. Der 15. ordentliche Verbandstag ist mit dem Beschluß des Centralrats, den im Jahre 1904 zu Berlin tagenden Heimarbeiterschutzes-Kongress nicht zu beschließen, dagegen diesen Punkt unter dem Thema „Arbeiterschutzes und Heimarbeit“ auf die Tagesordnung des diesjährigen Verbandstages zu setzen, einverstanden. Und zwar, da man es nicht für nötig hielt, dem Verbands eine Einladung zugehen zu lassen und dadurch dem Verbands einen Einfluß auf die Gestaltung des Kongresses nicht gestattete.

2. Der Verbandstag legt dem Centralrat die Pflicht auf, zu allen Kongressen, die die Förderung der allgemeinen Arbeiterinteressen bezwecken und zu denen die Organisationen der Gewerbevereine eingeladen werden, in ausreichendem Maße zu beschließen.

3. Der Verbandstag empfiehlt allen Ortsvereinen, der Bekämpfung der Mißstände in der Heimarbeit erhöhte Aufmerksamkeit zu widmen.

Auf das Bedenken des Redakteurs Goldschmidt hin, das im Punkt 1 zum Ausdruck gebracht sei nicht mehr aktuell und nur geeignet böses Blut zu machen, wird Punkt 1 zurückgezogen. Punkt 2 und 3 vom Verbandstag angenommen.

In der ursprünglich vorgelegten Resolution wurde Punkt 1 folgendermaßen angenommen: 1. Ausdehnung der Arbeiterversicherungs- und Arbeiterschutzesgesetz einschließlich der Gewerbevereine auf die gesamte Hausindustrie und Heimarbeit.

Bei der Abstimmung fand darauf die Gesamtschlusresolution einstimmige Annahme und zwar mit dem Zusatz: „Der 15. ordentliche Verbandstag der deutschen Gewerbevereine macht den Generalräten der einzelnen Gewerbevereine zur Pflicht in fortgesetzter intensiver Weise die Organisationsfähigkeit auf die in der Heimarbeit beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen auszuüben.“ Außerdem wurde auf Antrag Ziegler-Düsseldorf beschlossen, auf eine Beseitigung des Zwischenmeisterthems als entbehrlich im Produktionsprozeß hinzuweisen.

Ein Antrag Hartmann-Dortmund, die Abgeordneten möchten in den Parlamenten auf die Schäden des Submissionswesens hinweisen, wurde dem Landtags-Abgeordneten Goldschmidt überwiesen. Damit war der Punkt „Heimarbeiterschutzes“ beendet.

Es folgten die Verhandlungen über den nächsten Punkt der Tagesordnung:

hat. In Erwägung der Unfähigkeit der Bulgaren zu wirklichem Handel und der aufmerksamen Überwachung der Personen der Oppositionspartei durch die fürstlichen Behörden hält es der Minister des Aeußern für zweckmäßig, uns einzuweisen darauf zu beschränken, den in Konstantinopel und Belgrad lebenden bulgarischen Emigranten bei der Ausfuhrung der von ihnen übernommenen Aufgaben behilflich zu sein.“

Wenn nun Gesandte, Polizeidirektor, Minister in solcher Weise an Verschwörungen und Fürstennorden teilnehmen, so drängt sich doch auch die Frage auf:

Hat der russische Kaiser Alexander III. von diesen Verbrechen etwas gewußt?

Die russischen Intrigen in Bulgarien datieren seit Jahrzehnten; die von der bulgarischen Regierung veröffentlichten „Geheimen Dokumente“ beginnen mit dem Jahre 1881; bereits in dieser Zeit berichtet der Direktor des asiatischen Departements in einem Privatbriefe an den russischen Konsul in Rußland — durch dessen Hände in jener Zeit alle Briefe liefen:

„Gestern hat Nicolai Karlowitsch (Giers) alle in der letzten Zeit von Ihnen erhaltenen Meldungen und Telegramme zur allerhöchsten Durchsicht vorgelegt. Unser Herr und Kaiser ist Ihrem Eifer und Eifer in Bulgarien außerst wohlgeneigt und hat befohlen, Ihnen allen seinen Dank auszusprechen, was Ihnen amtlich mitgeteilt werden wird.“

In einer Chiffredepeche desselben Herrn an denselben Konsul vom 2. Juni 1888 mit der Aufforderung, die liberale Partei Meetings zu veranstalten, um die Regierungsmehrheit zu tadeln und Wiederherstellung der fürstlichen Vollmachten zu verlangen“ heißt es dann:

„Hierüber telegraphisch melden behufs Bericht an den Kaiser. Vorsichtig handeln und die russische Initiative nicht verraten.“

Nach Willingen der Verschwörung gegen den Battenberger telegraphiert der Minister des Aeußern an den Generalmajor Kaulbars am 11. Oktober 1888:

„Auf den Vortrag Ihres Telegramms vom 9. Oktober — daß die bulgarische Regierung die verhafteten Offiziere, welche an dem Staatsstreich vom 9. August teilgenommen haben, vor Gericht stellen und die Rädelsführer mit dem Tode bestrafen wolle —

hat Se. Majestät zu befehlen geruht: Wenn die bulgarischen Nachhaber die verhafteten Offiziere vor Gericht stellen und bestrafen, so wird dies als feindselige Handlung betrachtet und Bulgarien ohne Rücksicht auf irgend welche unglückliche Umstände mit Waffengewalt bestraft werden.“

Tarifverträge und „Koalitionsfreiheit“.

Das erste Referat hielt für den Verbandsanwalt Dr. Hirsch Hahn-Burg (Fabrikarbeiter). Der Redner ließ nach kurzer Einleitung seine Worte in dem Grundgedanken ausfließen: „Verständigt Euch“. Diese Mahnung führe zu den Tarifverträgen und zwar mit Rücksicht auf die Arbeiter. Es müsse alles versucht werden, um ein friedliches Verhältnis, wie es Tarifverträge mit sich bringen, zu schaffen. Hand in Hand damit müsse aber das freie Koalitionsrecht gehen. Nicht nur für die Arbeiter müsse dies verlangt werden, sondern auch für die Frauen.

Der Korreferent Käjer-Würzburg (Kaufleute) führte aus, daß sich alle Berufs- und Gesellschaftsklassen in dem gleichen Bestreben nach Fortschritt, nach Verbesserung in ihrer Lebenslage fänden. Vor allem müsse das von dem Arbeiter, dem wirtschaftlich Schwachen, gelten. Deshalb müsse dieser auch vor allen andern alles in die Waagschale werfen, um seine Arbeitskraft so gut als irgend möglich verkaufen zu können. Am besten geschehe das durch die Ausübung des freien, unbeschränkten Koalitionsrechts, wodurch an die Stelle des Einzelvertrages der korporative Arbeitsvertrag, der Tarifvertrag, trete. Er hat um Annahme folgender von beiden Referenten eingebrachten Resolution:

„In der Ueberzeugung, daß in dem Abschluß von Tarifverträgen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern eines der wirksamsten Mittel zur Beseitigung der Gegensätze zwischen Kapital und Arbeit, eine wichtige Vorbedingung zur Erhaltung unserer nationalen Konfirrenzfähigkeit und ein legendvoller Schritt zur Förderung der materiellen und sittlichen Hebung des Arbeiters und seiner Lebenshaltung gefunden werden muß, empfiehlt der Verbandstag der deutschen Gewerbevereine den deutschen Arbeitgebern und Arbeitern, mit allem Nachdruck auf den Abschluß von Tarifverträgen hinzuwirken.“

Der Tarifvertrag giebt dem Arbeiter an die Stelle unsicherer Erträge seines Fleißes und des planlosen Ringens zur Erhöhung derselben eine gewisse Stetigkeit seines Einkommens und wirkt so ordnend und bessernd auf seine Lebenshaltung; er übt aber auch denselben wohlthätigen Einfluß auf den Unternehmer aus; dieser ist dann in Stande, bei der Herstellung seiner Fabrikate und bei dem Abschluß von Lieferungsverträgen besser zu disponieren und umgiebt seine Existenz mit größerer Sicherheit.

Nicht minder wichtig ist aber auch die ethische und moralische Bedeutung der Tarifverträge, denn sie bilden zugleich ein freiwilliges Anerkenntnis der Achtung und Gleichberechtigung zwischen Arbeitgebern und Arbeitern. Sie wirken der Schärung des Klassenkampfes entgegen und zeigen den Weg zum sozialen Frieden.

Ein notwendiges Erfordernis zur Durchführung von Tarifverträgen ist die unbedingte Koalitionsfreiheit, also das uneingeschränkte Recht des Arbeiters, zur Erhaltung und Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen sich mit seinen Berufsgenossen zu verbinden.“ Die Debatte setzte gleich zu Anfang lebhaft ein. Eine Fülle von Rednern meldete sich zum Wort, die in ihrer Gesamtheit den Referenten zustimmten. Was sie sonst vordrachten, waren mehr Einzelvorschläge für bestimmte Fälle oder auch Ratschläge für zukünftiges Verhalten. Hervorzuheben ist aus der Rede Goldschmidts die Aeußerung, daß die Gewerbevereine stets als „Harmonie-Apostel“ von den Gegnern beschrien werden, während diese sich doch selbst auf den gleichen Standpunkt stellen. Sie hätten es nur unter Zurückdrängung aller übrigen Organisationen, sich selbst als die einzig berechtigten Arbeitervertretung auszusprechen. Solcher „Kor-Gewerkschaftsstandpunkt“ sei keine Koalitionsfreiheit, sondern Koalitionszwang.

Darauf wurde die Resolution mit folgendem Schlusatz: „und endlich als unentbehrliches Fundament dieses Rechtes die gesetzliche Anerkennung der Berufsvereine“ einstimmig angenommen. Nachdem noch Revisor Scholz-Berlin den bereits wiedergegebenen Kassenbericht, der mit einem Verbandsvermögen von 70 522,71 M. abschließt, erstattet hatte und Decharge erteilt war, verabschiedeten sich die Vertreter der Reichs- und Staatsregierung von dem Verbandstag. Dann wurde die Verhandlung auf Donnerstag 8 Uhr vertagt.

5. Internationaler Handschuhmacher-Kongress.

Stuttgart, 23. Mai 1904.

Bevor in die Diskussion über die Berichte eingetreten wird, teilt Jilmer ergänzend mit, die norwegischen Kollegen wären nahe daran gewesen, die Regierung um Erhöhung des Einfuhrzolles auf böhmische Handschuhe zu ersuchen, weil diese sie arbeitslos mache. Der Vorstand in Kopenhagen habe jedoch davon abgeraten.

Riepelohl findet, daß durch die Krise alle Organisationen belastet wurden, sich aber auch durch diese schwere Zeit hindurch gerungen haben. Die Kollegen in Oesterreich sollten mit ihrer Organisation des Verbandes keine Experimente machen, sondern an der Centralisation festhalten. Frankreich sollte man dagegen nicht zu sehr auf diese Form der Organisation verlassen. Dort komme es vielmehr darauf an, daß die Kollegen überhaupt Vereine ins Leben rufen. Wünschenswert sei, dem Kollegen Verhaert die Mittel zu verschaffen, damit er in die Lage versetzt werde, eine Agitationstour, besonders aber nach Grenoble zu machen.

Und Kaulbars wird beauftragt, dies der bulgarischen Regierung mitzuteilen.

Am 10. Juli 1888 depechiert der Direktor des Asiatischen Departements an den russischen Gesandten in Bulgareff, daß auf Vortrag des Staatssekretärs Giers (bez. der Waffenlieferung für die Verschwörung des Lieutenants Koloblow) „Se. Majestät allergnädigst am 2. d. M. geruht hat, zu befehlen, daß die erforderliche Anzahl von Gewehren Nr. 2 und Revolvern aus den Staatsfabriken abzugeben ist.“

Sogar von Widerstand gegen die Polizeibehörden wird auf Wunsch des Jaren aufgefordert. Der Direktor des asiatischen Departements depechiert am 8. Mai 1889 an Sitrowo betreffs der angeblichen Mißhandlung des im russischen Solde stehenden Metropolitens Alimont:

„Se. Majestät kann es nur äußerst beklagen, daß das bulgarische Volk sich teilnahmslos zu diesem Angriff auf den orthodoxen Glauben verhält und daß die rechtmäßige Bevölkerung Bulgariens zur Beseitigung dieser einzigen Stütze seines Daseins sich an fremde Hilfe wendet, ohne selbst bestrebt zu sein, den Absichten des unglücklichen Fürsten und der Gewaltthätigkeit der Polizeibehörden Widerstand zu leisten.“

In ihrer verächtlichen Form zeigt sich die Heuchelei der russischen Regierung bei den Plänen des Majors Panika zur Ermordung des Fürsten Ferdinand, die wir bereits oben behandelt haben. Da hat bekanntlich das von den Verschwörern eingeleitete „Militärkomitee“ der russischen Regierung seine „Bedingungen“ mitgeteilt. Punkt 3 der Bedingungen war die Hinrichtung des Fürsten Ferdinand, Punkt 6 die Ernennung des Generals Domontowitsch zum kaiserlichen Kommissar für Bulgarien. Darauf schreibt nun der Direktor des Asiatischen Departements an den kaiserlichen Gesandten in Bulgareff am 31. Dezember 1899:

„Wie Ew. Excellenz bekannt ist, ist die Ernennung eines kaiserlichen Kommissars für Bulgarien von der allerhöchsten Genehmigung des Kaisers abhängig. Bei dem Kaiser aber die Ernennung eines Kommissars auf Grund der Bitte eines revolutionären Komitees zu beantragen, findet das Ministerium des Aeußern nicht in Uebereinstimmung mit den monarchischen und autokratischen Grundgesetzen der kaiserlichen Regierung. Es ist also vor allem nötig, dem Militärkomitee, wenn auch nicht auf unmittelbarem Wege, eine gesetzliche Bestätigung zu geben, erst dann kann die Ernennung eines kaiserlichen Kommissars für Bulgarien beantragt werden. So lange aber in Bulgarien eine thronräubische Regierung besteht und der Prinz Koburg in der Eigenschaft eines Fürsten von Bulgarien sich dort befindet, kann das Militärkomitee von uns nicht amtlich anerkannt werden.“

Anfolgedessen bitte ich Ew. Excellenz ergebenst, dem Major Panika durch den Dragoman unsres Justizkanzler-Konjuls oder den Lieutenant Koloblow von dem Inhalt dieser Mitteilung in Kenntnis zu setzen und den genannten Offizier gleich-

Kischweger erklärt, die Reorganisationsbestrebungen gingen vom dem Komitee aus, das in Prag eingesetzt sei, um den czechischen Nationalverein mit dem Verbands zu verschmelzen. Von der Auflösung der Centralorganisation wollten die meisten Mitglieder nichts wissen, ihr Weiterbestehen sei gesichert. Auf eine Einigung mit den Nationalen sei in absehbarer Zeit nicht zu hoffen. Redner erwartet, daß der deutsche Verband die mündliche Agitation im Erzgebirge noch mehr als bislang unterstützen werde. Einen Rückblick auf die Entwicklung der internationalen Vereinigung giebt Wassner. Er meint, daß der Centralisationsgedanke den organisierten Handschuhmachern Frankreichs in Fleisch und Blut übergegangen sei.

Oesterreich habe seine Verbandsbeamten aus Sparmaßregeln entlassen, das sei eine falsche Taktik. In Brüssel solle man den Mitgliedern die Beiträge nicht so lange stunden. Habe Schweden beim letzten Streik seitens Deutschland keine Unterstützung erhalten, so mag die mangelhafte Berichterstattung das verschuldet haben.

Anderson sagt, es sei genügend berichtet worden, doch habe die Redaktion des „Handschuhmacher“ den Berichten die Aufnahme verweigert.

Troch führt aus, Wassner rüge das schlechte Bezahlen der Beiträge in Brüssel, übersehe aber die Hausarbeit dortselbst. Mit Verlegung des Sekretariats ist Redner einverstanden, damit das Syndikat in Brüssel in Ruhe seine Tätigkeit ausüben kann.

Gilel sagt, daß er als Redakteur nur dem Unterstützungsausschuß der schwedischen Kollegen die Aufnahme verweigert habe. Das internationale Sekretariat habe, wie auch der deutsche Verbandsvorstand, erklärt, daß wenn der Streik nicht aus eignen Mitteln gehalten werden könne, auf deutsche Hilfe nicht zu rechnen sei. In Deutschland waren zu jener Zeit viele Kollegen arbeitslos oder nur mit geringem Verdienst beschäftigt. Den Kollegen in Frankreich sei zu raten, statt der monatlichen die wöchentliche Beitragsleistung einzuführen. Als die Kollegen von Grenoble die Nationaldelegation verlassen haben, wäre es Pflicht von Verhaert und Marchall gewesen, nach dort zu reisen, um dies zu verhindern.

Verhaert schildert die Schwierigkeiten, welche in Frankreich zu überwinden sind, um zu starken Gewerkschaftsorganisationen zu gelangen. Es liege dies aber an dem Unterschied in Charakter und Temperament der Völker. Die Zerstückelung der politischen Arbeiterpartei wirke nachteilig auf die Gewerkschaftsbewegung zurück. In Wilkau habe sich ein Syndikat der Frauen gebildet, dem 1200 Arbeiterinnen angehören. Vom nächsten Nationalkongress erwarte man eine Kräftigung der Organisation, dieselbe Wirkung wird auch der gegenwärtige internationale Kongress ausüben. Jilmer und Anderson kommen nochmals auf den Streik zurück, wozu Gilel erklärt, alle Situationsberichte aufgenommen zu haben. Marchall ist der Ansicht, daß er in Grenoble nichts hätte ausrichten können. Jene Kollegen haben für die Organisation kein Verständnis. Zeitweise haben dort früher wohl vier Vereine nebeneinander bestanden, jetzt bestehe gar keiner. Kurz vor der Auflösung habe man sich nach dem Plan getragen, einen großen Industrieverband zu gründen. Drei der Kollegen Grenobles hatten schon ein- oder mehrmals einer Organisation angehört. Daraus wird dem Sekretär Marchall einstimmig Decharge erteilt.

Die Radmittags Sitzung fällt wegen einer zu Ehren der Delegierten veranstalteten Festschicht aus.

Sechster Verbandstag der Konditoren Deutschlands.

Dresden, den 25. Mai.

Schlusssitzung.

Auf der Tagesordnung der Schlusssitzung steht die Regelung des Arbeitsnachweises. Die sich darüber entspannende Debatte zeigt, daß auf diesem Gebiete noch viel zu thun ist. Die Zahlstelle Berlin, die einen leidlich funktionierenden Arbeitsnachweis hat, erhält 200 M. als Zuschuß. Die Neuwahlen ergaben die Wiederwahl der bisherigen Verbandsfunktionäre. Sie des Verbandes bleibt sonach Hamburg und Bogitzender Völl.

Bei „Verschiedenem“ wird kritisiert, daß vielfach, in der unmittelbaren Nähe größerer Städte, keine Ortsvereine sich abzuzeichnen, wodurch bei der Agitation ein einheitliches Vorgehen erschwert werde. Dies zu verhindern, wird beschlossen, daß in Zukunft bei Neugründung von Zahlstellen der Centralvorstand die Grenzen festzusetzen hat; einem Entschluß, dem sich dann die Mitglieder zu fügen haben.

Weiter beschließt der Verbandstag, sich auf dem nächsten Gewerkschaftskongress durch den Verbandsvorstand vertreten zu lassen. Da bemängelt wird, daß kein Vertreter der Generalkommission auf dem Verbandstag anwesend ist, erklärt der Vorsitzende, daß er keine Einladung gesandt habe. Er halte die Vertretung der Generalkommission auf den verschiedenen Verbandstagen der meisten Organisationen für überflüssig.

Damit war der Punkt erledigt. Die noch sonst zur Verhandlung kommenden Angelegenheiten waren rein geschäftlicher Natur. Nach ihrer Erledigung wurden die Verhandlungen mit den üblichen Schlußworten und einem Hoch auf den Verband geschlossen.

zeitig zu bitten, auf schleunige Ausführung des Beschlusses des Militärkomitees zu bestehen. Die Antwort des Majors Panika wollen Sie nicht veräugnen, gnädiger Herr, mir telegraphisch mitzuteilen.“

Vereits am 8. Januar antwortet der russische Gesandte, daß Panika auf der Ernennung eines kaiserlichen Kommissars bestche:

„Damit dieser am 8. Tage nach der Durchführung des Staatsstreiches und der Vollstreckung des Urteils an den Schuldigen, mit dem Prinzen Koburg an der Spitze, in Sofia eintreffen könne.“

Am Schlusse teilt er die Drohung des Majors Panika mit: „Aus diesem Grunde hat das Militärkomitee in Sofia endgültig beschlossen, bis zur Ernennung des Generals Domontowitsch zum kaiserlichen Kommissar und seine Ankunft in Belgrad die Ausführung des Beschlusses, den Prinzen Koburg zu verurteilen und die jetzigen Nachhaber im Fürstentum zu beseitigen, zu vertagen.“

Und siehe da, vor dieser Drohung des revolutionären Militärkomitees beugt sich die russische Regierung, beugt sich der Zar: im Grund genommen entscheidet also nicht der Kaiser von Rußland, sondern der Fürstennorden Panika.

Vereits am 19. Januar 1890 kann der Direktor des Asiatischen Departements an den kaiserlichen Gesandten in Bulgareff melden:

„Es ist mir eine angenehme Pflicht, Ew. Excellenz mitzuteilen, daß der Kaiser allerhöchst genehmigt hat, im Geheimen den General Domontowitsch zum provisorischen Kommissar für Bulgarien zu ernennen.“

Dann folgen die weiteren Anweisungen, dies dem Militärkomitee mitzuteilen, ferner die Mitteilung, daß Domontowitsch am 30. d. M. in Belgrad eintreffen und seine Ankunft durch einen Geheimagenten dem Major Panika mitteilen werde.

Es ist bekannt, daß bereits am 19. Januar Major Panika nach Petersburg depechiert hat, Domontowitsch solle sofort abreisen, Fürst Ferdinand und die Regierung nebst Polizei sei in seinen Händen, jeder Ausschuß sei für die Sache außerst gefährlich, und daß der Verschwörer-Major noch am gleichen Tage verhaftet und am 29. Juni erschossen worden ist.

Es unterliegt auch wohl keinem Zweifel, daß, wenn die in den Geheimdepechen dieser höchsten Beamten des Zarenreiches auf den Kaiser bezüglichen Mitteilungen nicht wahr, etwa zum Zwecke der Täuschung der Verschwörer von ihnen erdichtet worden wären, nach Veröffentlichung dieses Schriftwechsels durch die bulgarische Regierung keiner dieser Beamten länger hätte im Dienste bleiben können. Eine solche Bloßstellung der kaiserlichen Person und Würde durch seine Beamten wäre nicht geduldet worden. Aber Herr Sitrowo erhielt den besser bezahlten Gesandtenposten in Lissabon und Herr Giers wurde vom Jaren auf den höchsten Beamtenposten des Zarenreiches berufen — er wurde Leiter der Gesamtregierung!

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Freitag, den 27. Mai.
Anfang 7 1/2 Uhr:
C. erubans, Figaro's Hochzeit.
Neues Opern-Theater. Das Schwadennetz.
Deutsches Hofe Bernd.
Berliner. Der jüngste Leutnant.
Lefing. Ein diebstohler Mensch. Das Heil des St. Maren. Die Lore.
Werken. Apajune.
Belle-Alliance. Kamrad Lehmann.
Neues. Einen Jux will er sich machen.

Anfang 8 Uhr:
Schiller O. (Ballner-Theater.)
Ein Sonnenstrahl. Ein Duell.
Schiller N. (Friedrich-Wilhelmsstadt.)
Das Heiratnest.
Kleines. Frühlein Julie.
Neuburg. Die 300 Tage.
Trianon. Das elfte Gebot. Hierauf: Der Dieb.
Central. Ein toller Einfall.
Carl Weiss. Die Löwenbraut.
Metropol. Ein tolles Jahr.
Winter-Garten. Spezialitäten.
Nyolo. Liebesgötter. Spezialitäten.
Gebr. Herrfeld. Gastspiel der Tegerseeer. Der Prozesshansl.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Passage-Theater. Spezialitäten.
Urania. Taubenstraße 18/19.
Um 8 Uhr: Die Insel Rügen.
Invalidentheater. Spezialitäten.
Urania. Taubenstraße 18/19.
Invalidentheater. Täglich geöffnet von 7 bis 11 Uhr.

Neues Theater.

Schiffbauerdamm 4a-5.
Einen Jux will er sich machen.
Anfang 8 Uhr.
Morgen: Einen Jux will er sich machen.

Central-Theater.

Abends 8 Uhr zu ermäßigten Preisen:
Ein toller Einfall.
Schwan in 4 Akten von Karl Lauff.
Freitag: Ein toller Einfall.
Sonnabend: Der Hüttenbesitzer.
Sonnabend: 8 Uhr. Letzte Preise:
Kabale und Liebe. Abends: Ein toller Einfall.

Residenz-Theater

Heute und folgende Tage:
Abends 8 Uhr:
Die 300 Tage.
Schwan in 3 Akten von Paul Gerault und Robert Charbon.
Deutsch von Alfred Palm.

Metropol-Theater

Der grösste Erfolg dieses Jahres:
Ein tolles Jahr.
Gr. dramatisch-satirische Revue in 5 Bildern von Julius Freund. Musik von Victor Hollander.
Anfang 8 Uhr.
Rauchen überall gestattet.

Trianon-Theater.

Georgenstraße, zwischen Friedrichs- und Universitätsstraße.
Abends 8 Uhr:
Das elfte Gebot.
Hierauf: Der Dieb.

Passage-Theater.

Anf. nachm 5, abends 8 Uhr.
John Siems
Karton- und Münzmanipulator.
14 erstklassige Nummern.

Belle-Alliance-Theater.

(Jean Aron und Alfred Schönfeld.)
Im Theater:
Täglich abends 7 1/2 Uhr:
Kamrad Lehmann.
mit Guido Thielscher in der Titelrolle.
Von 6 Uhr an im feinsten illuminierten Sommergarten:
Grosses Max Schmidt-Konzert (41 Musiker und Solisten)
und der italienischen Kapelle „Aroari“ (in Original-Rationaltracht).

Gehr. Herrfeld-Theater.

Gastspiel der Tegerseeer.
Täglich abends 8 Uhr:
Der Prozesshansl.
Oberbayr. Volksstück in vier Aufzügen von L. Ganghofer und G. Kneuer mit Bühnenorchestranten, Schupplattler und Kaufhaus (Hansler).

Kleines Theater.

Unter den Linden 44.
Fräulein Julie.
Anfang 8 Uhr.
Morgen: **Nachtasyl.**

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Ballner-Theater.)
Freitagabend 8 Uhr:
Ein Duell.
Berber: **Ein Sonnenstrahl.**
Sonnabendabend 8 Uhr:
Pauline.
Sonnabendmittag 3 Uhr:
Was ihr wollt.
Sonnabendabend 8 Uhr:
Pauline.
Schiller-Theater N. (Friedrich-Wilhelmsstadt.)
Freitagabend 8 Uhr:
Zum erstemal:
Das Heiratnest.
Sonnabendabend 8 Uhr:
Das Heiratnest.
Sonnabendmittag 3 Uhr:
Heimat.
Sonnabendabend 8 Uhr:
Das Heiratnest.

Max Klem's Sommer-Theater

Hasenheide 13-15. — Künstliche Leitung: Paul Milbitz.
Täglich: Gr. Konzert, Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung.
Jeden Montag: Sommerfest. — Jeden Mittwoch: Die beliebtesten Kinderfeste. — Jeden Donnerstag: **Elstie-Tag.**
Die Kaffeeküche ist täglich von 2 Uhr ab geöffnet.
2 hochelegante Regeldampfen, Büfelfuden, Konditorei, Blumenstand etc.
In den Sälen:
Grosser Ball.

Urania.

Taubenstr. 48/49.
Um 8 Uhr im Theater:
Die Insel Rügen.
Sternwarte Invalidenstr. 57/62.

D. CASTAN'S ANOPTICUM.

Friedrichstr. 195.
Die vielbewunderten
zusammengewachsenen
Schwestern
Rosa und Josefa:
!! einzig dastehend in der Welt !!

Apollo-Theater.

7 1/2 Uhr: Gartenkonzert.
8 Uhr:
Die Mai-Spezialitäten
und Robert Steidl mit seiner Jubiläums-Revue.
9 Uhr:
Liebesgötter
mit Götterzug
und Sensations-Apotheose:
„Im Tempel der Glückseligkeit“.

Carl Weiss-Theater.

Bürgerliches Schauspielhaus.
Grosse Jeanfuerterstr. 182.
Die Löwenbraut.
Voll in 3 Akten v. Schiller-Parasit.
Anfang 8 Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.
Im Garten: **Grosses Spezialitäten- und Theater-Vorstellung.** — Konzert.
Anfang 5 1/2 Uhr.
Sonnabend: 1. Sommernachtsfest.
Sonnabendmittag 3 Uhr. Barfuss 60 Pf.: Die Zauberin am Stein.

W. Noacks Theater.

Direktion: Robert Dill.
Brunnenstrasse 16.
X Theater und Spezialitäten. X
Der kalte Leichnam.
Der Stummelbaron.
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.
Kaffeeküche von 3 Uhr ab geöffnet.

Bernhard Rose-Theater

Gesundbrunnen. Badstr. 58.
Täglich:
Die Tochter des Heimkehrten.
Genf.-Kauschungsstück in 7 Bildern von Friliche.
Küherdem
die großartigen Attraktionen, u. a.:
Paul Coradini.
Loro-Quartett
phänomenale Kunstbanten.
Anfang 4 1/2 Uhr.
Im Saal:
Gr. Ball.
Entree 30, numerierter Platz 50 Pf.

Diez' Spezialitäten-Theater.

Landsberger Allee 78/79.
Direkt Ringbahnstation.
Ob schön! Täglich Ob Regen!
im herrlichen Garten od. gr. Saal:
ca. 30 erstklassige Nummern.
Jackson-Troupe, Akrobaten,
5 Perlonen.
The Belrotts, feinst. Burleske excentric.
Die Berliner Ziehlings
Fritz Brand und Mita Roselli,
Metz. Brown in seinen Wunderstunden.
Gebr. Artisselli.
M. d'Orella mit seinen musikalischen Gesängen — etc.
Kaffeeküche. Volksbelustigungen.
Sonntag, Montag, Mittwoch
und Sonnabend: **Ball.**

Reichshallen

Täglich:
Stettiner Sänger.
Anfang 8 Uhr.
Besondere 7 Uhr.
Sonnabend 7 Uhr.

Fröbels Allerlei-Theater

fr. Puhlmann, Schönhauser Allee 148.
Täglich:
Grosses Garten-Konzert.
Theater- u. Spezialitäten-Vorstell.
Im Saal: Großer Extr. Tanz.
Anfang 4 1/2 Uhr. Entree 30 Pf.
Ehrenkarten u. Bons haben Gültigkeit.

Passage-Panoptikum.

Der phänomenale Kissenkabe:
Der lange Joseph,
16 Jahre alt, 217 cm hoch.
Aga, die schwabende Jungfrau.

Königstadt-Kasino

Solmarstr. 72, Ecke Alexanderstraße.
Täglich im herrlichen Naturgarten:
Reut **Caspari Leopold.**
Kutretzen u. Carl Stephan, die letzte
Nanon, Hermann Hempel,
Gefh. Leberer, G. u. E. Bernharbo,
Hofe Brandt.
Dr. Fausts Geistererscheinungen.
Zum Schluss: **Im Hochwald.**
Niederstpiel in 1 Akt.
Anf. Dozent. 8 Uhr, Sonntags 5 Uhr.

WINTER GARTEN

Tortajada Spanische Sängerin
und Tänzerin.
De Vry's Phantasmagorien.
Hansi Reichsberg Operetten-
sängerin.
Gebrüder Schwarz Parodisten.
Kinez Moulin Equilibrist. Scene.
De Nohry Pariser Sängerin.
Die Blumenkönigin Tanzdiverissem.
Die Wotperits Akrobaten.
Robinson Baker-Trio Springer.
Paul Conchas Der Armeo-
Herkules.
Biograph.
Pas de deux Sgra. Cavini u. Sgr.
Cerutti.

Victoria-Brauerei

Lützowstr. 111/112.
Täglich im Garten oder
Saal:
Horsts
Norddeutsche
Humoristen
und
Quartett-Sänger.
Anf. Doche 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.
Bons haben Gültigkeit.

Berliner Präter-Theater

Kastanien-Allee 7-9
Täglich: Goldene Herzen.
Banton: Im Nachtasyl.
Harris, Kraftjongleur. The
Jarrey. — Uptis. — Langbe.
Ball, Konzert, Spezialität.
Anfang 4 Uhr.
Eintr. 30 Pf. Rum. 50 Pf.

Sansouci.

Kottbuser Thor — Stat. der Hochbahn.
Täglich im Garten:
Hoffmanns
Norddeutsche
Sänger.
Sonntag, Montag,
Donnerstag:
Nach der Soiree: Tanz.
Wochentags haben Vor-
zugskarten, auch die zu den Theater-
abenden ausgebenen, Gültigkeit.

Gossmanns

Konzert-Garten
SW., Kreuzbergstr. 48.
Jeden Freitag:
Harburger Sänger
Anfang 8 Uhr.
Montags:
Eichlers Quartetts und Humoristen.
Nachher: Kränzchen.

Schweizer-Garten

Am Königsthor. Am Friedrichshain.
Täglich:
Theater- und
Spezialitäten-Vorstellung.
Volksbelustigungen.
Im Saal: **F.A.L.L.**
Zum Schluss:
Ein falsches Lokal.
Grosse Gefangenspoße mit Tanz.
Entree 30 Pf.

Ostbahn-Park.

Am Küstrinerplatz. Rüdorsdorferstr. 71.
Hermann Imbs.
Täglich:
Gr. Konzert, Theater
und **Spezialitäten-**
Vorstellung.

Arbeiter-Radfahrerverein

„Berlin“.
Sonntag früh 6 Uhr:
Preussener Thor nach Zehdenitz.
(Schiffel, Kollifstr.)
Mittags 1 Uhr:
Koppenplatz nach Birkenwerder.
(Paradiesgarten.) 12/10

Brauerei Germania

Aktion-Gesellschaft
Frankfurter Allee 53.
Fernsprecher VII 9045.
Faschenbiere
M. 1,50
frei Haus.

Tafelbier (goldg.) 18 ca. 1/2 Ltrfl.
do. 15 ca. 1/2 „
Versand (dunkel) 15 ca. 1/2 „
Pilsener (hellgold) 15 ca. 1/2 „
Kl. dopp. Weissen 20 Fl.
Kl. 00 15 „
Halzbier, pasteurisiert, alkohol-
arm, nahrhaft, 18 ca. 1/2 Ltrfl.

General-Fund-Bureau

Inhaber: Direktor Otto Rockentlin
Charlottenstr. 95.

Thöldtes

Grand Restaurant „Ostend“.
Schönstes Lokal an der Obersprea am Wald und Wasser gelegen.
Billette Dampferfahrten von Michaelbrücke. Wochentags 20 Pf. (mit
Aufhäuter-Dampfer) Sonntags 40 Pf. ca. halbstündlich.
Sonntags: **Grosses Frei-Konzert und Ball.**
Reine Säle sind noch einige Sonnabende an Vereine, Gesell-
schaften, Adressen zu vergeben.

Joh. Schwarz, Berlin NO.

Abt. I: Greifswalderstr. 38, part.
Kaffee-, Kakao-, Thee-Versand
und Detailverkauf zu Engrospreisen.
Abt. II: Greifswalderstr. 227, Ecke Heinersdorferstrasse.
Mehl, Mühlenfabrikate, Hülsenfrüchte, Backobst, Konserven.
En gros. Fernsprecher: Amt VIIa, No. 6230. En detail.
Geschäftsprinzip: **Erstklassige Waren zu niedrigsten Preisen!**
Kennen Sie Schwarz' neues Sparsystem?
— Sämtliche Anträge in Berlin frei Haus. — Nach ausserhalb franko Bahnhof Berlin.

Ulmer Geld-Lotterie

7770 Geldgewinne, bar ohne Abzug zahlbar, im Betrage von
350 000 Mk.
Hauptgewinne:
75 000 40 000 25 000 Mk. etc.
Originallose à 3 M. (Porto und Liste 30 Pf.)
und **Marienburg Lose** à 1 Mk. — 11 Stck. 10 Mk.
(Porto und Liste 20 Pf.)
Oscar Bräuer & Co. Nachf. s. m. b. H. Friedrichstr. 181.
Filialen: NW. Wilsnackerstr. 63. — O. Andreasstr. 46a. — SO. Orgatenstr. 177.

on gros Wurst on detail

Grosser Umsatz! Billige Preise!
Rotwurst u. Zwiebelwurst 0,50 Mk.
Mettwurst u. Polnische 0,65 „
Hausmacher-Leberwurst 0,90 „
Hausmacher-Flischwurst 0,85 „
Braunschweiger Mettwurst 0,90 „
Thüringer Kalbsleberwurst 0,90 „
Kaiser-Jagdwurst 0,90 „
Weiche Salami u. Schlackw. 0,95 „
Pa. Holsteiner Schlackw. 1,25 „
„ „ Salami 1,25 „
„ „ Schinkenw. 1,10 „
Prima fetter Landspeck 0,60 „
„ magerer Landspeck 0,65 „
„ Landschinken 0,95 „
„ Roilschinken o. Knoch. 1,10 „
Bei Abnahme n. 5 Pfd. Preisermäß.

A. Meyer,

Berlin N., Weinbergsweg 11.

Speck Wurst

Speck, fett u. mager a Pfd.
b. 5 Pfd. 60 „
Zwiebel- u. Rotwurst 55 „
bei 5 Pfd. 50 „
Braunschw. Zwiebelwurst 60 „
bei 5 Pfd. 60 „
Thüringer Fleischwurst 65 „
bei 5 Pfd. 60 „
Mettwurst u. Polnische 65 u. 70 „
Braunschw. Kalbsleberwurst 70 „
Pommersche Landleberwurst 95 „
Prima Schlackwurst 95 „
Westf. Schinkenwurst 125 „
echt Thüring. Cervelat und
Salami 110-145 „
Ostpr. Landschinken 95 „
Delikatess-Schinken 110 „

Carl Klähn,

Charlottenburg,
Berliner-Strasse 119.

Eine einfache 8 Columnen-

Rotationsmaschine
von der Firma König & Bauer steht
wegen Anschaffung einer größeren
billig zum Verkauf.
Beschäftigung kann jederzeit erfolgen.
Ankaufslustige wollen ihre Adresse in
der Exp. d. Bl. unter R. 6 nieder-
legen. 53702*

Zinsfreie Teilzahlung.

Vorteilhaft. Sparsystem.
Mit zinsfr. Teilzahl. von monatl.
20 M. an verk. in einer der aus-
sichtsreichsten Villen- u. Land-
haus-Kolonien des westl. Vorort-
verkehrs baureife Wald- u. Land-
parzellen nahe Bahnhof. 6/11*
K. Lüder, Kesselstr. 8.

Grosse Freiburger

Dombau-Lotterie.
Ziehung 6.-9. Juli 1904.
Hauptz: 100 000, 40 000,
20 000, 10 000 usw. 6344L*
Orig.-Lose 3. 30 Porto u.
J. Rachor, Haupt-, Mainz.

Dr. Schönemann

Spezialarzt für Haut-, Horn- und
Frauenleiden, Seydelstr. 9.
Wochentags 1/2, 12-1/3, 1/2, 6-1/5.

Vorwärts - Buchhandlung

SW. Lindenstraße 69, Laden.
Unentbehrlich für Ausflügler!
Spezialarten
der näheren Umgebung Berlins.
Bernau-Biesenthal, Rante, Biegnig-
und Bantler-See 1,00 Mk.
Sudow am Ehemügel-See (Nür-
liche Schweiz) nebst Führer 0,75 Mk.
Köpenick-Friedrichshagen, Bol-
tersdorf-Erkner-Schmüdow-Rö-
migd-Butterhausen-Rittenwalde
0,75 Mk.
Eberswalde, Freiental-Überberg
1,25 Mk.
Eberswalde, Jagdschloß Quabens-
hof, Moller Chortm. 1,00 Mk.
Freienwalde und nächste Umgebung
nebst Führer 1,00 Mk.
Freienwalde, Briesen, Oberberg
1,00 Mk.
Grünwald und westliche Berote
Berlins 1,00 Mk.
Potsdam, Stadtplan mit nächster
Umgebung nebst Tourenverzeichnis
0,75 Mk.
Potsdam und Werber 1,00 Mk.
Spreevald m. praktischem Touristen-
führer 0,75 Mk.
Strassberg und der Hünimtsbal
1,00 Mk.
Tegel-Wellenfee, Schützenort,
Hermsdorf, Gatschhof und Gaden-
felde 0,75 Mk.
Zerner empfehlen als sehr praktisch:
Taschenatlas von Berlin und Um-
gebung, enthaltend 21 Karten und
Pläne mit Führer, leichttragbares
Format 2,00 Mk.
Wanderbuch für die Mark
Brandenburg. 3 Bände. Zu-
kommen 5,00 Mk.
I. Teil: Nähere Umgebung Ber-
lins, umgibt die Gegend von
Potsdam, Spandau, Dramenburg,
Königs-Butterhausen 1,50 Mk.
II. Teil: Westliche Hälfte der Um-
gebung Berlins bis Branden-
burg a. O., Stendal, Tangermünde,
Kreu-Ruppin, Rens-Sireth 1,50 Mk.
III. Teil: Ostliche Hälfte der Um-
gebung Berlins bis Eberswalde,
Frankfurt a. O., Schwebitz, Rätzlin,
Lübben, Spreewald, Müsiau 2,00 Mk.
Dieser Wanderführer bietet präzi-
söse Schilderungen der Mark, viele
detaillierte Karten und Pläne und
sind so dem Wanderer ein zuverlässiger
Führer und Berater. 234/11*

Preislisten gratis und franco.

Fabrikantlagen am Nonnenmarkt ganz erheblich erweitern. So daß nach Fertigstellung der Erweiterungsbauten noch weitere 4000 Arbeiter eingestellt werden können. Damit würde die Kleinherstellung der Staatsbetriebe einen bedeutenden Stützpunkt erhalten. Die Staatsarbeiter können sich wesentlich freier fühlen und auch die sonstige wirtschaftliche Abhängigkeit der Einwohnerzahl von den Staatsbetrieben würde zum Teil aufhören. Zum mindesten wird den Staatsbetrieben in der Privatindustrie in gewissen Sinne ein Gegengewicht entstehen, das auch den Staatsarbeitern nützlich sein muß.

Die Firma Siemens-Schudert betreibt ferner, indem sie einen Bankier entsprechend begünstigt, daß ein seit Jahren bereits erörtertes weiteres Projekt, nämlich die Bebauung des Nonnenmarktes mit Wohnhäusern, gleichfalls zur Ausführung gelangt. Es soll, nachdem das Terrain bebauungsfähig gemacht ist, der Bau von etwa 70 Wohngebäuden in Angriff genommen werden. Es ist dafür gesorgt, daß dem Wohnhäuserbau vollständig der private Charakter gewahrt bleibt, denn die Firma Schudert hat zur Bedingung gemacht, daß die Wohnhäuser von Privatleuten gebaut werden. Nunmehr muß auch der jetzt weitestgehende neue Stadteil eine Straßenbahn-Verbindung (über Hafelhörst-Sternfelde) erhalten, und es ist anzunehmen, daß diese Bahnlinie von der Stadt in eigener Regie gebaut wird. Weiter wird der „Nonnenmarkt“ auch direkten Bahnanschlusses erhalten, da sich die Gesellschaft erbietet, einen neuen Bahnhof an der Leichter Bahn nebst einer drehbaren Verbindungsbrücke über die Eyree auf eigene Kosten zu errichten. Dieser neue Bahnhof „Hafelhörst“ läge gegenüber dem Kadelweier zu liegen. Wie es heißt, soll auch noch der Bau eines zweiten Bahnhofs am Spandauer Bod, zwischen Charlottenburg und Spandau in Aussicht stehen. So nach hängt den Spandauer Stadtvätern wieder einmal der „Himmel voller Geigen“, sie sehen der Stadt sich neue kräftige Steuerquellen erschließen.

Gefährliche Passage. Am nördlichen Ende des Grunewaldsee's, in nächster Nähe der Militär-Vadeanstalt, verbindet eine auf dem ziemlich tiefen Sumpf errichtete Fußgängerbrücke die beiden Ufer. Diese Brücke befindet sich zur Zeit in einem sehr bedenklichen Zustande. Verschiedene ihrer Pfeiler sind gebrochen und so liegt sie fast zur Hälfte im Wasser und schwankt bei der lebhaften Benutzung an Sonn- und Feiertagen so sehr, daß ihr Zusammenbruch befürchtet werden muß. Die Reparatur der Brücke sollte betriebl. werden, bevor ein Unglück geschehen ist; wenn wir nicht irren, ist es der Militärkolonial, dem diese Aufgabe obliegt. Formell ist die Unterhaltung des Bauwerkes allerdings eine Privatangelegenheit des Fiskus, da eine Warnungstafel darauf hinweist, daß die Brücke von Zivilpersonen nicht betreten werden darf. Um dies Verbot kümmert sich aber im Grunewald kein Mensch und kann sich auch niemand kümmern, da eben keine andere Verbindung der beiden Ufer vorhanden ist und jeder, der den Grunewald in dieser Gegend besucht, neugierig auf diese Brücke angewiesen ist. Unter solchen Umständen bedarf es wohl nur dieser Anregung, um den Militärkolonial zur baldigen Reparatur des unentbehrlichen Verkehrsweges zu veranlassen.

Aus Rixdorf. Beim Abladen von Balken aus dem Holzplatz von Stoll, Kottbuser Damm 80, sprang dem in Berlin wohnhaften Arbeiter Karl Lehmann ein Balken gegen die Brust und zerbrach ihm mehrere Rippen. Er wurde nach erster ärztlicher Hilfe nach seiner Wohnung geschafft. — Eine „teure Umarmung“ wurde in einem Schanklokal in der Schöneweiderstraße dem Bauunternehmer Karl Krause zu teil. Ein dem K. völlig unbekannter Gast umschlang ihn plötzlich mit den Worten: „Du bist und bleibst mein lieber Schwager und giebst noch eine Lage!“ K. ging hierauf jedoch nicht ein, sondern verließ das Lokal. Bald darauf vernahm er, sein Vortennomnie mit über 100 M. Inhalt, das er im Lokal in eine äußere Jackettasche gesteckt hatte. Als K. nach dem betreffenden Lokal zurückkam, war der Unbekannte, der ihn umarmt und dabei unzweifelhaft das Vortennomnie entwendet hatte, bereits verschwunden. — Zahlreiche Einbrüche in diebstahlreichen Lauben sind in letzter Zeit ausgeführt worden. Besonders wurden den Laubentolontieren Lauben, Säbner und Kaminden gestohlen. Jetzt ist es der Kriminalpolizei endlich geglückt, in zwei jungen Burchen Namens Franz Hämmerling und Paul Berger die Vererber zahlreicher Laubeneinbrüche zu ermitteln und festzunehmen. Mit den gestohlenen Tieren trieben die beiden einen schwunghaften Handel.

Gerichts-Zeitung.

Im **Pommerbank-Prozess** ziehen sich die Vorverhandlungen zu dem eigentlichen Anlagethema doch weit mehr in die Länge, als man ursprünglich erwartet hatte. Auch für die beiden letzten Verhandlungstage hatte der Strohseufer „toujours perdrix“ seine volle Berechtigung, denn auch an diesen Tagen glich die Verhandlung einem Kollig über die Grundprinzipien des Landwesens, über welche die Gelehrten noch immer grundverschiedener Meinung sind und bei deren Begründung sie mandalim recht hart auf einander stoßen. Die letzten beiden Tage waren vorwiegend der weiteren Erledigung der von der Verteidigung formulierten Beweisangebote, die nunmehr die Nummer 141 erreicht haben, gewidmet; eine ganze Anzahl wurde durch die beantragte Vorlesung von Schriftstücken, durch die Gutachten der Bücherrevisoren Kruse und Kutsche, sowie durch Vernehmung des Produzenten Dornoweg sofort erledigt, für eine Anzahl anderer bedarf es der Vernehmung von Zeugen, die für nächsten Montag vorgeladen werden sollen. — Nach Feststellung des Umfangs dieser Beweishebung wandte sich nunmehr gestern die Verhandlung der eigentlichen Anklage, den Straftaten der Angeklagten zu und zwar zunächst soweit den letzteren Untreue gegen die Pommerbank durch Anlage ihrer Gelder in Terrainspekulationen in idealer Konkurrenz mit Betrag und Bilanzverschleierung zur Last gelegt wird. In der Hauptanklage waren die Angeklagten aus dem Grunde der Untreue beschuldigt worden, weil sie 26 000 000 M. der Pommerbank mit Hilfe der Nebengesellschafter, insbesondere der Immobilien-Verkehrsbank, in Terrainspekulationen angelegt hätten. Staatsanwaltschaftsrat **Wedd** überreichte gestern zu diesem Punkte eine neue Nachtrags-Anklage, in welcher behauptet wird, daß die Pommerbank nicht 26 Millionen, sondern 33 Millionen in Terrains der Immobilien-Verkehrsbank bezw. ihres Anhangs angelegt habe. Das Aktienkapital habe am 31. Dezember 1900 15 Millionen betragen, die buchmäßige Reserve 6 152 000 M. betragen. In dieser Nachtragsanklage wird der Gesamtumfang an Unterlagshypotheken wie folgt berechnet: für 1896 auf 23 834 300 M., 1897 auf 24 164 383 M., 1898 auf 29 557 000 M., 1899 auf 5 895 840 M. Dazu wird weiter bemerkt, daß unter die im Jahre 1899 als solche dienenden Unterlagshypotheken ca. zwei Millionen aufgenommen seien, die dadurch geschaffen worden seien, daß man 31 Grundstücke, deren Erträge mit wenigen Ausnahmen nicht einmal die Zinsen der bisherigen Hypotheken deckten, von zwei Herren nachgekauft und auf Grund dieser Lagen die Unterlagen in der angegebenen Höhe ergänzte. Die von diesen beiden Herren (Scholz und Leuthold) abgegebenen Lagen übersteigen die Lagen der gerichtlichen Sachverständigen um 7 Millionen Mark. — Die nächste Sitzung findet am Freitag 9 Uhr statt.

Ein Opfer der **Ausweisungspraxis**. Wegen Heiratschwindels hatte sich gestern vor der vierten Strafkammer des Landgerichts I der Reisende **Albert Kiefow** zu verantworten. Er war in vier Fällen als Bewerber aufgetreten, hatte allen die baldige Heirat versprochen und sie wieder sitzen lassen, nachdem er sie so viel wie möglich beschwindelt hatte. Im ersten Falle war er als „Assistent im königlichen Staatsarchiv **Georg Kehler**“ aufgetreten. Auf seine Angabe hin, daß er noch 300 M. zur Hinterlegung einer Kaution bedürfe, borgte ihm sein zukünftiger Schwiegerwater das Geld. Der Angeklagte ließ sich dann nicht wieder blicken, sondern suchte sich ein neues Opfer, wo er sich als Eisenbahn-Materialienverwalter **Hölling** einführte. Mehrfach lagen die beiden übrigen Fälle. Der Angeklagte legte ein offenes

Geständnis ab, führte aber zu seiner Entschuldigung an, daß alle seine energischen Kämpfe, ein ehelicher Mensch zu werden, vergeblich gewesen wären. Er habe es zu einer beschiedenen Stellung gebracht und aus Liebe ein armes Mädchen geheiratet. Er habe in der glücklichsten Ehe gelebt. Da sei plötzlich wie ein Blitz aus heiterm Himmel vom Polizeipräsidenten die nach acht Tagen zu bevollziehende Ausweisung gekommen, die mit seinen vielen Vorstrafen begründet wurde. Es sei acht Tage vor der Entbindung seiner Frau gewesen. Ohne Heimat, ohne Obdach und fast mittellos habe er sich auf den Weg nach Stettin gemacht. Hier habe er bei einem Anwalt Beschäftigung als Schreiber gegen ein Monatsgehalt von 50 M. gefunden. Nach einiger Zeit habe er sich an den Verein zur Verringerung entlassener Strafgefangener um Unterstützung gewendet. Der Verein habe sich bei seinem Chef erkundigt, wie dieser mit ihm zufrieden sei. Tags darauf sei er entlassen worden, obgleich sein Chef sehr mit ihm zufrieden gewesen sei. Es sei ihm nichts anderes übrig geblieben, als sich wieder nach Berlin zu wenden. Kaum hier angelangt, sei ihm sein Kind gestorben. Verzweifelt sei er umhergerannt, um die Kosten der Beerdigung aufzutreiben. In diesem Zustande habe man ihn zu einer Strafverbüßung von zehn Tagen Haft abgeholt, weil er gegen das Ausweisungsverbot verstoßen habe. Wieder in Freiheit, habe er den nutzlosen Kampf um die Heiligkeit aufgegeben und sich dem Heiratschwindel ergeben. Der Gerichtshof wies den Angeklagten darauf hin, daß er nicht nötig gehabt hätte, in unmittelbarer Aufeinanderfolge vier Betrugsfälle zu begehen. Das Urteil lautete auf zwei Jahre drei Monate Zuchthaus, 600 M. Geldstrafe und fünfjährigen Ehrverlust.

Begen Verurteilung des beschlagnahmten Bilschen Komand: „Aus einer kleinen Garnison“ hatte sich vor dem Brandenburger Schöffengericht der Verleger der „Brandenburger Zeitung“, **Titto Sidow**, zu verantworten. Er hatte nicht das durch den Beschluß des Mecker Kriegsgerichts beschlagnahmte, im Verlage von Richard Sattler erschienene Bilsche Buch verkauft, sondern das in einem Wiener Verlage unter anderem Verfassernamen erschienene und in Deutschland weit verbreitete Buch. Verschiedene Gerichte haben bereits dies Buch freigegeben, weil das Mecker Verbot sich auf das Sattler'sche Verlagswerk bezieht. Das Brandenburger Schöffengericht war aber der Ansicht, daß jeder Neudruck des Bilschen Buches ohne weiteres unter diese Beschlagnahme falle und verurteilte Sidow zu 20 M. Geldstrafe. Gegen das Urteil wurde Berufung eingelegt.

Verfammlungen.

Der **Deutsche Holzarbeiter-Verband** (Zahlstelle Berlin) hielt am 25. Mai bei Keller, Kottbuser Damm, eine außerordentliche Generalversammlung ab. Auf der Tagesordnung stand die Berichterstattung vom Verbandstag. **Glöck** und **Stucke** teilten sich darin. Sie gaben in großen Zügen ein Bild vom Stande der Verbandsverhältnisse und von den Verhandlungen und Ergebnissen des Verbandstages. Da unsere Leser darüber bereits unterrichtet worden sind, brauchen wir bei dieser Gelegenheit nicht wieder darauf einzugehen. Beide Redner sind der Meinung, daß die auf dem Verbandstage festgestellten Fortschritte die Aussicht eröffnen auf immer neue Erfolge bei dem Bestreben, die Lage der Mitglieder zu heben. Eine eigentliche Diskussion fand nicht statt; es waren nur einige Anfragen an die Delegierten von diesen zu beantworten. Man spricht dann zur Wahl des Verbandsauschusses, die per Stimmentzettel vorgenommen wurde. Mit der Feststellung des Resultats, die nicht gleich vorgenommen wurde, betraute die Versammlung eine Zählkommission, die das Resultat in der Zeitung bekannt zu geben hat. Darauf erfolgte der Schluß der Versammlung.

Der **Arbeiter-Sängerbund** hielt am 15. Mai eine Ausschüttung in der Brauerei Friedrichshain ab. Zur Aufnahme in den Bund hatten sich drei Vereine gemeldet: „Weiß treu“ (Berlin), „Harmonie Ost“ (Berlin) und „Eintracht“ (Nieder-Schöneweide). Die beiden ersten Vereine werden nach Singen eines Probeliedes in den Bund aufgenommen; „Eintracht“ will vom Singen des Probeliedes dispensiert sein, da seine Mitglieder als keine Geschäftleute am Sonntagvormittag nicht abkommen können. Der Ausschuss entspricht diesem Ersuchen insofern, als zwei Vorstandmitglieder delegiert werden, die das Probelied in ihrer Leitungsfähigkeit anhören und dann dem Ausschuss darüber berichten werden. Zum Sängerbund in Friedrichshagen wird auf Anregung des Vorstandes beschlossen, außer unsren Leubensgliedern noch das Lied „Mutterherz“ von Handweg und „Abends“ von Schullien zu singen. Der Vorsitzende **Meher** giebt dann das neueste Lied der Liedergemeinschaft „Schwur freier Männer“ bekannt. Da dieses Lied nur für große Chöre bestimmt ist, so ist die Entnahme keine obligatorische, sondern die großen Vereine mögen sich die Partitur von A. Seifrit, Friedrichstr. 16, kommen lassen, und dann ihre Quartette bestellen. An derselben Stelle kann auch das Lied „Abends“ von den Vereinen bestellt werden, die nicht im Besitz desselben sind. Der Verein R. 99, „Sangeslust II“, ist aus dem Bunde ausgetreten. Das Komitee zur Errichtung eines Herwegh-Denkmal's bestätigt in einem Briefe den Empfang der ihm überwiesenen 150 M. Der Vertreter der „Appograpia“ äußert sich über die Behandlung der Vereine bei Parteifestlichkeiten. Besonders arg sei es bei der Maifeier des ersten Kreises bei Altem gewesen. Er sagt seine Ausführungen dahin zusammen, daß unter solchen Umständen sein Verein sich nicht mehr an den Aufführungen zum 1. Mai beteiligen würde. Man stimmt verschiedene Delegationen bei. Die Parteigenossen bestellen die Vereine, und haben bei der Aufführung nicht das geringste Interesse daran. Wenn sich das nicht ändert, dann möge die Partei ihre Feste ohne Mitwirkung des Arbeiter-Sängerbundes abhalten, da wir uns ja nicht aufdrängen, sondern die Parteigenossen zu uns gekommen sind. Das diesjährige Provinzial-Sängerbund findet Sonntag, den 26. Juni, in Pehdorn statt. Recht rege Beteiligung im Interesse der Sache erwünscht.

Vermischtes.

Aus **ländlichen Gärten**. Im Dorfe **Wenthe** bei Hannover hat die Staatsanwaltschaft eine 55jährige geisteskrante Frauensperson aufgefunden, die seit etwa fünfzehn Jahren in einem dunklen Raum, völlig verwaist, auf Strohlage liegend, ihr Leben fristete. Die Aufgefundene ist die 55 Jahre alte **Dorette Koch**, die Schmeißer der Frau des Gastwirts **Vode** vom neuen **Wenther** Verggarten. Vor etwa zwanzig Jahren war Dorette Koch mit einem jungen Burschen aus dem Dorfe verlobt. Diese Verlobung ging zurück, infolgedessen bekam die Koch ein Gemütsleiden, das später zur völligen Geisteskrankheit führte. Anfangs war sie ungefährlich, später mußten sie die Eheleute **Vode** in strengen Gewahrsam nehmen; diese gingen mit der Einsperrung aber zu weit. Sie sperrten die Koch in ein Zimmer ein, das vollständig samstags und ohne Licht und Luft war. Die Fenster waren mit Blech vernagelt, das Lager bestand aus Stroh, die Kleidung nur aus Lumpen, die ihr in Fäden vom Leibe hingen. Ihre Notdurft mußte sie im Zimmer verrichten. — Als man die Koch auffand, war sie vollständig verriert. Die Sache kam dadurch ans Tageslicht, daß vor der Hochzeit des jungen **Vode** **Kaler** im Hause arbeitete, die wiederholt lautes Wimmern hörte und deshalb Anzeige erstattete, weil sie auf ihre Nachfrage nach der Ursache des Wimmerns von den Bewohnern des Hauses abgewiesen wurden. **Kittipoch** schickte war der Landrat von Linden in Begleitung des Kreisarztes in **Wenthe**, um Feststellungen an Ort und Stelle vorzunehmen. Diese ergaben die vollständige Richtigkeit der geschilderten Zustände. Auf Grund des Befundes wird die Koch einer geeigneten Anstalt zugeführt werden. Ob eine Verhaftung oder eine Verurteilung der beteiligten Personen erfolgen wird, muß das Gericht erst beschließen. — Besonders auffallen muß, daß in einem Dorf von etwa 300 Einwohnern eine Person, die gemäß jeder Kenntnis, so lange von der Wildschär verschwunden konnte, ohne daß sich jemand darum kümmerte.

Ein **Großfeuer** hat in **Kassel** Schaden angerichtet. Im ehemaligen Regierungsgebäude, in welchem sich jetzt zahlreiche städtische Büreaus befinden, brach gestern Großfeuer aus. Das Gebäude brannte bis zum ersten Stock vollständig aus, viele Akten wurden vernichtet, großer Schaden ist auch in Warenlagern angerichtet. Ein Feuerwehmann erlitt Verletzungen.

Ueber eine **Dynamit-Explosion** wird aus **Dudapest** berichtet: Beim Bahnbau in **Pozsena** fand infolge Unvorsichtigkeit eine Dynamit-Explosion statt, wobei das Magazin in die Luft flog, fünf Kinder getötet und neun Personen schwer verletzt wurden. — Die Regierung beabsichtigt, sämtliche Nacharbeiter-Korporationen aufzulösen und die Führer zu verhaften.

Eine **Brandkatastrophe**. Ueber **Memphis** (Tennessee) wird gemeldet: Eine große Feuersbrunst zerstörte den ganzen südlichen Teil von **Jaxoo City** im Staate **Mississippi** in einer Länge von zwölf und einer Breite von drei Häuserbreiten. Unter den zerstörten Gebäuden sind das Rathaus, das Gerichts- und das Postgebäude sowie alle Banken, Geschäftshäuser und Zeitungsdruckereien.

Grubenkatastrophe. Ueber **New York** wird berichtet: Nach einem Telegramm aus **Harrisburg** (Pennsylvanien) wurden in einem Bergwerke bei **Williamstown** fünfzig Bergarbeiter durch schlagende Wetter verschüttet. Sieben Leichen wurden bisher geborgen.

Abgefaßter Defraudant. Der Kassierer der Sparkasse in **Nieder-Planig** in **Sachsen**, **Gustav Golditz**, der im Dezember v. J. nach Unterschlagung von 138 000 M. flüchtig geworden war, wurde in **Rome** gefasst, wo er unter dem Namen **Jurek** in einem Hotel als Kochgehilfe bedienstet war, verhaftet. Das defraudierte Geld sei ihm in **Italien** von Freunden gestohlen worden.

Briefkasten der Redaktion.

M. M. Jahn. Sie müssen Post 2 M. **Westnachts**, **Winters** und 3 M. **Sandens** Sie den Betrag ein und bemerken Sie auf der Annahme, worauf derselbe bestimmt ist. — **B. G. Koch.** — **B. S. Ja.** — 1001. Angetommen.

Juristischer Teil.

Die **juristische Sprechstunde** findet täglich mit Ausnahme des **Sonnabends** von 7½ bis 9½ Uhr abends statt. **Öffnet: 7 Uhr.**

M. S. 69. 1. und 2. Ca. — **R. M.** Selbstverständlich. — **S. M.** **Kolstr.** 100. Die Geldkrasse kann durch Pfändung betriebl. werden. In der Regel erfolgt (ohne Pfändung) nach fruchtlosem Ansuchen der Zahlungsaufforderung, die Aufforderung, innerhalb einer bestimmten Frist zu zahlen oder die Strafe anzuerkennen. — **T. Z.** Der Mann ist nicht berechtigt, die persönliche Freiheit seiner Frau zu beschränken. Vor Schulden auf seinen Namen kann er sich durch Aufhebung der Schlüsselgewalt seiner Frau schützen. Beispiele für solche Aufhebungen finden Sie Nr. 22 und 23 S. 225 des dem Arbeiterrecht beigelegten Jahrbuch. Das Buch liegt in den öffentlichen Bibliotheken aus. Gütliche Verhandlung ist rathamer. — **Ordnungsamt.** Sie müssen sich die Einrichtung dieser Anstalten. Ist ein Versicherungsnehmer erkrankt und als Folge der Krankheit Erwerbsunfähigkeit zu bezeugen, so kann (nicht muß) die Versicherungsanstalt zur Abwendung dieses Nachtheils ein Verfahren einleiten lassen. Sie kann (nicht muß) auch dem Erkrankten Aufnahme in einem Krankenhaus oder in einer Anstalt für Geistes- oder Nervenkranke einrichten. Da die Aufnahme in solchen Anstalten in der Regel von erheblichem Vorteil für die Erkrankten ist, so überreichen die Anträge auf Aufnahme in solche Anstalten bei weitem die Bewilligungen. Gegen den Willen des Erkrankten ist die Unterbringung in solcher Anstalt nur zulässig, wenn der Erkrankte weder verheiratet ist, noch eine eigene Haushaltung hält, noch Mitglied der Haushaltung seiner Familie ist. Der Erkrankte verliert den Anspruch auf Anstaltsaufnahme, wenn er sich von der Versicherungsanstalt getrennt hat, ohne die Anstalt zu verlassen oder sonst triftigen Grund entgegen hat, wenn er ferner auf die Möglichkeit der Entziehung hingewiesen ist und wenn außerdem noch nachgewiesen wird, daß die Erwerbsunfähigkeit durch sein Verhalten veranlaßt ist. Es ist den in solcher Heilanstalt aufgenommenen dringend davon abzuraten, oft nur durch die notwendigen Folgen ihrer Krankheit veranlaßt Unzufriedenheiten mit dem Fortschritt der Heilung durch Verlassen der Anstalt Folge zu geben. — **T. Z.** 100. 1. und 2. Ca. — **M. S. 4.** Sie müssen, auch wenn Sie reklamieren haben, bis zur Erledigung der Reklamation zahlen. Wird der Reklamation stattgegeben, so erhalten Sie das zuviel Erhobene zurück. Die Erledigung Ihrer Reklamation kann monatlich sich hingehen. Der von Ihnen eingeschlagene Weg ist der zutreffende. — **B. 48.** Nicht an die Armenverwaltung, **Abt. I. St.**, sondern an die Armenverwaltung (ohne Zusatz), unter Befolgung der in der Aufschrift vom 7. Mai enthaltenen Journalnummer mähren Sie die Eingabe (Antwort auf die Anfrage vom 7. Mai) mit der Bitte um Beschleunigung richten. — **B. 2.** Ihre im Jahre 1896 kinderlos verstorbenen Schwester wird von Ihrer Mutter, Vätern und Ihren Geschwistern zu gleichen Teilen beerbt. An Stelle verstorbenen Geschwister treten deren Kinder. — **Schatin.** Die Halbschwester erbt mit. Können Sie sich mit den Verwandten nicht gütlich einigen, so können Sie gerichtliche Auseinandersetzung beantragen oder klagen.

Marktpreise von Berlin am 25. Mai 1904

nach Ermittlungen des lgl. Polizeipräsidenten.		Kartoffeln, neue D.-Gr.		7,00	5,00
*Weizen, gut D.-Gr.	17,60	17,58	Rindfleisch, Rente 1 kg	1,80	1,30
„ mittel	17,56	17,54	„ do. Bauz	1,40	1,10
„ gering	17,52	17,50	„ Schweinefleisch	1,60	1,10
*Roggen, gut	12,90	12,88	„ Kalbfleisch	1,80	1,20
„ mittel	12,86	12,84	„ Hammelfleisch	1,80	1,20
„ gering	12,82	12,80	„ Butter	2,60	2,00
†Gerste, gut	14,10	13,00	„ Eier 60 Stück	3,40	2,40
„ mittel	12,90	11,80	„ Karpfen 1 kg	2,00	1,20
„ gering	11,70	10,60	„ Halm	2,80	1,40
†Hafer, gut	15,00	13,90	„ Jambek	3,00	1,90
„ mittel	13,80	12,70	„ Decke	2,40	1,30
„ gering	12,60	11,60	„ Barfche	2,00	0,80
Richtstroh	4,00	3,66	„ Schale	3,00	1,40
Heu	7,20	5,20	„ Vieh	1,40	0,80
Erbsen	40,00	28,00	„ Korbje	16,00	3,00
Speisebohnen	50,00	25,00			
Linzen	60,00	25,00			

* ab Bahn.

† frei Wagen und ab Bahn.

Witterungsübersicht vom 26. Mai 1904, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometere-höhe mm	Windrichtung	Windstärke	Beize	Stationen	Barometere-höhe mm	Windrichtung	Windstärke	Beize
Emmende	767	SD	4 halb 12	12	Caparanda	768	SD	2 wolkenl	5
Hamburg	763	SD	3 heiter	15	Berzsburg	772	SD	1 heiter	7
Berlin	765	SD	2 wolflg	13	Gatz	—	—	—	—
Frankf. a. M.	761	SD	2 wolflg	18	Alberden	760	SD	2 bedekt	9
München	765	SD	2 heiter	17	Paris	759	SD	—	18
Wien	765	SD	2 wolkenl	15					

Wetter-Prognose für Freitag, den 27. Mai 1904.
Etwas wärmer, vorwiegend heiter und trocken bei ziemlich lebhaften südlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Dankfagung.

Allen denen, die bei der Verbringung meines lieben Mannes, des **Rauers Albert Raasch**

mitgewirkt haben, besonders dem Vorstand des Centralverbandes der **Rauer** sowie dem Wahlverein meinen innigsten Dank. 1529b

Frau Alwine Raasch.

Dankfagung.
Hiermit sage ich den Herren **A. Fallert**, den **Brütern Hauck** und allen Freunden meines unerglücklichen Bräutigams

Reinhold Becker, welche ihn zu Grabe geleiteten, meinen innigsten Dank. 1529b

Helene Woldt.

Allen werthen Verbands- und Arbeitskollegen sowie Freunden und Bekannten meines dahingegangenen guten Vaters, Schwiegervaters und Großvaters

Friedrich Schiele

die in so zahlreicher Weise ihm am Grabe die letzte Ehre erwiesen haben, insbesondere dem Gesangsverein für die trostvollen Lieder, sage ich hiermit im Namen der Hinterbliebenen den herzlichsten Dank.

Friedr. Schiele.

Dr. Simmel, Pringel-Str. 41, Specialarzt für Haut- und Harnleiden.

10-24-7, Sonntags 10-12, 2-4.

Achtung, Bäckerstreik!

Bürger, Arbeiter und besonders Ihr Hausfrauen!

Unterstützt die streikenden Bäckerei-Arbeiter in ihrem schweren Kampfe zur Eringung menschenwürdiger Lohn- und Arbeitsbedingungen.

Kauft nur Brot und andre Backwaren aus den Bäckereien, in welchen unsere bescheidenen Forderungen erfüllt werden.

Nur dort sind die Forderungen bewilligt, wo die mit dem Stempel des Verbandes der Bäcker, Mitgliedschaft Berlin, und der Unterschrift:

Karl Hetschold, Rosenthalerstraße 11-12
versehenen Plakate aushängen.

Wir bitten das geehrte Publikum, streng auf obiges zu achten, da von vielen Bäckermeistern versucht wird, durch Aushängen von nachgeahmten und gefälschten Plakaten die Bevölkerung zu täuschen und irrezuführen.

Wir appellieren an das Rechtsgefühl des Brot konsumierenden Publikums, diese Versuche der Täuschung, die von den Bäckermeistern unternommen werden, zu nichte zu machen.

Wir hoffen, dass uns die Bevölkerung auch ferner wie bisher in unserm berechtigten Kampfe unterstützen wird!

Wir machen das verehrte Publikum darauf aufmerksam, daß eine ganze Reihe Bäckermeister und Händler die Forderungen entweder zurückziehen oder durchbrechen. Wir haben daher diesen Leuten unsere Plakate entzogen.

Viele Meister nehmen, durch die Innungen scharf gemacht, unsere Plakate aus den Fenstern und machen den Kunden gegenüber allerhand Ausreden.

Lasse sich daher niemand täuschen!
Arbeiter, Hausfrauen! Kauft nur dort, wo die Plakate mit unserm Stempel anhängen.

Die Streikleitung.

Bäckermeister, die ihre Bewilligungen zurückgezogen haben oder denen die Plakate von uns entzogen sind:

- Berlin.**
E. Weber, Breslauerstr. 11.
Böhme, Schleiermacherstr. 11.
Jaworski, Ritterstr. 40 und Breitenstr. 20.
Karl Cypalte, Frankfurter Allee 80.
G. Geier, Hollmannstr. 7.
August Hoffmann, Peterdörferstr. 38.
W. Zent, Schwedterstr. 21.
Karl Wagner, Schenkendorferstr. 4.
Sebiassch, Blumenstr. 64.
G. Thede, Auguststr. 22.
Fr. Goest, Brüderstr. 36.
J. Schön, Röhrenstr. 51.
G. Breitkopf, Mörnerstr. 111.
Kühn, Chausseepfad 6.
Georg Schmeizer, Wilhelmshavenstr. 39.
Lewin, Neue Königstr. 5.
Wolfsbergerstr. 22.
Rinsstr. 11.
Schiffhale, Hufschmidtstr. 64.
V. Praydyla, Nagelsbergerstr. 29.
Warduhn, Raunghstr. 40.
Hafrodt, Ritterstr. 70.
Albrecht, Neuperstr. 17.
(Dieser Herr beteiligt sich hervorragend an den bekannten Droschkensfahrten und sucht andere Meister zur Zurückziehung der Bewilligung zu veranlassen.)
- Schöneberg.**
Karl Krusche, Sedanstr. 61.
- Charlottenburg.**
Peter Eichhorn, Berlinerstr. 50.
Hermann Witte, Joachimshalerstr. 39/40.
R. Birckholz.
Otto Grundmann, Rosinenstr. 10.
Sebald Bänsch, Kaiser Friedrichstr. 59.
Johann Spitzbart, Pestalozzistr. 76.
Paul Lehmann, Pestalozzistr. 69.
H. Schmidt, Knobelsdorffstr. 8.
Adolf Daniel, Schloßstr. 20.
Hermann Otto, Spielhagenstr. 14.
Max Bartsch, Hohenborststr. 18.
R. Wäthler, Pestalozzistr. 12.
G. Kühne, Weimarerstr. 14.
Ed. Sorries, Christstr. 15.
Fritz Woderjahn, Dandemannstr. 12.
Albert Heinrich, Bismarckstr. 43.
Wilhelm Schloffer, Sophie Charlotenstr. 29.
Wilhelm Tremas, Drangenstr. 4.
W. Hof, Spandauerstr. 20.
Joseph Schierke, Kaiser Friedrichstr. 47.
H. Wack, Potsdamerstr. 10a.
Hermann Gaudold, Stuttgarterstr. 21.
E. Eichhorn, Schillerstr. 114.
N. Witt, Potsdamerstr. 43.
G. Krause, Schillerstr. 17.
G. Zoffe, Wilmsdorferstr. 156.
- Wilmersdorf.**
Mag. Esser, Ullandstr. 140.
- Lichtenberg.**
Ragel, Wilhelmstr. 75.
- Friedrichsberg.**
Bruno Kretschmer, Gürtelstr. 27.
- Pankow.**
Müller, Röhrenstr. 32.

Obige Zurückziehungen aus Charlottenburg sind fast sämtlich von einer Hand geschrieben und nach einem Schema abgefaßt. Diese Thatsache sowie die Erklärungen von einer ganzen Reihe Bäckermeister lassen darauf schließen, daß diese Zurückziehungs-Verhandlungen auf starke Beeinflussungen zurückzuführen sind. Viele haben die schriftliche Erklärung abgegeben, daß sie diese erzwungenen Zurückziehungen für ungültig erklären.

Kleine Anzeigen.

Jedes Wort 5 Pfennig.
Das erste Wort 10 Pfennig.
Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 1 1/2 Uhr, in der Hauptexpedition Lindenstrasse 62 bis 8 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Netten. Bettstühle, Steppdecken, Tischdecken, Teppiche, Samenerzeugend, Pfandgeschäft, Weidenweg 19. 731*

Spottbillig Bettwäsche, Bettbezüge, Bettdecken, Kunstseidenstoffe, Brautleuten empfehlenswert, Pfandgeschäft, Weidenweg 19. 731*

Cigaretten. Cigaretten, verpackt, gemeinl. Spottbillig, Detail- und Engrosverkauf. Meiers Leihhaus, Friedrichstr. 55. Nächste Lieferung von Cigaretten, Gold, Silber, Bänder, Pfandgeschäft, Möbel, Warenposten jeder Art. Discretion. 22678*

Hochverehrte Herren - Anzüge, Sommeranzüge, vorjährig, aus feinsten Stoffen, 18-38,00. Meier, Heiler 7-11. Täglich, auch Sonntags-Verkauf. Deutsches Verleihenhaus, Regerstr. 63, I. 22544*

Damenkonfektion. Jacketts, Capes, Kostüme, Koffmäntel, Blusen werden zu billigen Preisen verkauft. Brunnenstr. 4 I. (Kein Laden.) 13935*

Warduhhaus Große Frankfurterstr. 9, parterre. 737*

Wirtschaft. elegante, noch neu, auch einzeln, spottbillig, Brautleuten Gelegenheit. Ebenholz mit Wohnung. Gartenstr. 85, I. links. 7124*

Sportwagen. Kinderwagen, Kinderhochstühle, gebrauchte, zurückgelehrt, spottbillig. Schneider, Rurfarrenstr. 172. 9475

Bilder. Schluß des spottbilligen Kunstverkaufes am 31. Mai. Fortuna, Frankfurterstr. 1. Ede Schönbauer Allee. 757*

Teppiche! (Leiderhafte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brunn, Gadericher Markt 4, Bahnhof Börse. 9429*

Restauration. 30 Jahre bestehend, will jetziger Inhaber verkaufen. Näheres bei Dastan, Neue Hofstr. 13. 3296*

Wieserwagen. alle Sorten Näher. Valldammstr. 101. 14506

Papagelandwahl. lausche nicht-sprechende, Kanarienvogel, Jagdwildchen, Kitzchen, Buchfinken, Schlagend, 1,50. Richter, Dammstr. 87. 9096

Kanarienvogel verkauft Brandt, Holmannstr. 61. 7129

Kanarienvogel und Weißhän, vielmal prämiert mit Ehrenplakaten und Ehrenpreisen, vielen Medaillen, nur Ansicht. Krebs, Köpenickerstr. 154a. 7144

Zofas. größte Auswahl, von 21 Mark an, direkt in der Fabrik Blumenstr. 35 b. 21748*

Fahrräder. Teilzahlungen, hundertfünfzehn Mark, Invalidenstr. 148 (Eingang Bergstr.) / Eilthalerstr. 40, Große Frankfurterstr. 56. 795*

Photoapparate. Hand-, Stativ-, Klappkameras, durch Umzug etwas beschädigt, zu halben Preisen. Marktgrabenstr. 19. 22933*

Teppiche mit Farbenflecken, hundertfünfzig Große Frankfurterstr. 9, parterre. 737*

Vorjährige hochlegante Herrenanzüge und Paletots aus feinsten Stoffen, 25 bis 40 Mark. Zurückgelehrt Anzüge, Paletots, Westmäntel, Havelocks, Gummimäntel, Koppen werden für die Hälfte der bisherigen Preise verkauft. Verleihenhaus Germania, Unter den Linden 21. 21668*

Strickmaschinen. auch Teilzahlungen, Brederer, Engel-Ufer 20, 5/4.

Nähmaschinen. gebrauchte, Wheeler-Wilson von 8 Mark und Langschiff von 10 Mark an. Verleihenhaus, Gellnowstr. 26. 22125*

Nähmaschinen. Zahl bis 10,00, mit Teilzahlung Nähmaschine kauft oder nachweist. Höhe 1,00. Alle Systeme. Postkarte erbeten. Döcker, Hornborkstr. 50. 11115*

Handwerklicher Unternehmen wegen Verkaufes im mein Rurfarrenstr. 61 gelegenes Schankgeschäft mit anschließender Fabrikhandlung, Vereinen und Jahrestellen. Paul Kistner, Rurfarrenstr. 61. 29148*

Restaurant. sechs und zehn Jahre bestehend, ist zu verkaufen. Kantstr. 44, Himmelsburg bei Berlin.*

Hebräischer. Herrenanzüge, wenig getragene Kontrastgarbe von 6 Mark an, große Auswahl, für jede Figur passend, auch neue, zurückgelehrt, kauft man direkt nur am billigsten beim Schneidermeister Hirtzengell, Rosenthalerstr. 15 III. 11115*

Erster Bauparzellen, Landstr. 12 Mark an, verkauft Schulz, Rixdorf, Renauststr. 12/13. 16225*

Sechs edlere gebrauchte Stühle, verschiedene Maße zu verkaufen. Wilhelmstr. 13, Hof parterre.

Dreifüßiger Fahrrad, billig zu verkaufen. Blumenstr. 48, vorn I.

Alte Rad, fast neu, 55,00. Venn, Rammstr. 38. 15225*

Geschwister verkaufen vier Eichen Möbel, Vollermaßen, neu, auch einzeln, für Brautleute, Kammern, billig, Eberle, Gärten, Steppdecken, Bilder, kleine Röhrenstr. 126a, I. 15196*

Ringschiffen. Bobbin, Schnellnäher, ohne Anzahlung, Woche 1,00, gebrauchte 12,00. Röhrenstr. 60/61, Grenzauerstr. 59/60 und Große Frankfurterstr. 43. 795*

Steppdecken billigst. Fabrik Große Frankfurterstr. 9, parterre. 737*

Abseilerpumpen 8,00, Sauger, Röhre, Gartenpumpen, Gartenschläuche, neue, gebrauchte, Meter 0,50. Pumpenfabrik Schreiber, Hochstr. 43. Allerbilligste Qualität. 15246*

Sonntagsausflug. Hubertuswäldchen, am Bahnhof Schützenhof bei Tegel, gutstündliches Saunterrain! Vorstellen jetzt noch billig. Verkauf durch Def. Michaelstr. 18. 115236

Wieder 100 Morgen Landhausgarten bei Berlin (Blumberg-Güter), große Zukunft, gesunde, ruhige Lage, große Waldungen, kein Sumpf, nur guter Gartenerboden, Landstr. von 6 Mark an, ohne Abtretung von Straßenland. Zahlung nach Ueber-einkunft. Bebauungsplan ist eingereicht. In kurzer Zeit sind über 70 Vorgärten verkauft worden. Billige Baugelände, in der Nähe Tegeler und Schneidemühle. Sonntagsvormittags 9,9 Uhr Markt Britzener Bahnhof (Nachtstr.) nach Blumberg. Weitere Auskünfte erteilen die Besitzer Schulz, Rixdorf, Renauststr. 12/13, und Buchardt, Ober-Schöneweide, Siemensstr. 9.*

Restauration. billige Preise, wegen anderweitigen Unternehmens billig zu verkaufen. Centbel Näher, Frankfurter Allee 64. 734

Tischlerei mit Werkzeug im Vororte ist sofort zu verkaufen, eventuell mit Grundstück. Offerten unter T. 6 an die Expedition des „Vorwärts“.*

Umpolierung! Sofa 5,00, Matratze 4,00, auch ausserm Hause. Bachmann, Blumenstr. 35 b. 21738*

Darlehens vergibt Selbstgeber, distret. Liege, Potemstr. 23, Rixdorf. 6/19*

Pfandleihe. Pringenstr. 63, Ede Innenstr. täglich 8-8, Sonntag bis 2 Uhr geöffnet. 22728*

Fahrräder kauft, beliebt, Rurfarrenstr. 61, 108/9*

Wandwärmer mit Kopf, frisch in Spiritus eventuell Wasser, laufen a 2 Mark. Pinaea, Invalidenstr. 105.

Platina, altes Gold, Bruchgold, Silber, Gefässe, alte Uhren, Platinoid, Steybold kauft Goldschmelze, Brod, Drangelstr. 4. 718*

Rechtsbureau Drummstr. 63, vierzigjährige Gerichtsstands, Eingabengesuche, Materieteilung (allerbilligst). 15225*

Vernau Enal und Garten, Schmeiderstr. 23. Zu Sommerfeiern auf das beste zu empfehlen.*

Baugelände, Hypotheken für Berliner und Vorortgrundstücke vergibt in jeder Höhe zu billigen Zinsen Comptoir Magazinstr. 12, I.

Gesucht per 1. Juni billiges möbliertes Zimmer für zwei Herren zwihschen Rosenthaler und Schönhauser Thor. Offerten unter N. S., postlagernd N. 87. 757

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.
Junger Mann, achtzehnjährig, möchte Möbel polieren erlernen. Exansfeld, Ullendammstr. 32. 15306

Stellenangebote.
Geübter Terrazzoarbeiten-Arbeiter mit nachweislich längerer Praxis per sofort gesucht. Balkenstedt, Siepsharstr. 41. 14975*

Kolonnenfächer, tüchtige, selbstständige Schloßer verlangt bei hohem Lohn Schloßerei R. Blume, Charlottenburg, Schillerstr. 97. 15015*

Zwei Hornmacher auf runde Objekte, bei hohem Lohn für dauernd verlangt. Robert Proemer, Friedrichs-felde, Berlinerstr. 72. 14965*

Zur Erlernung einer Spezialarbeit intelligenter junger Mann gesucht, wenn sich derselbe später mit 1000 bis 2000 Mark beteiligen kann. Kein Risiko. Offerten an Hjalmar-Expedition Frankfurterstr. 13a. 734

Schloßer oder Gärtler auf Bronze-Schaufenster sucht Krause, Kunz-ländchen, Ragomstr. 15285*

Herren für Annoncen-Acquisition gesucht. Verlag, Postamt 12. 15145

Tüchtige Tischler für inneren Ausbau sucht Tischlerei, Tellenerstr. 53. 15315*

Türschloßer, nur geübte, im, auherm Hause verlangt. Hermannstr. 7, Rixdorf. 7130

Gaudebier, welcher Bier ab-liefern kann, verlangt Restaurant Borchstr. 7. 771

Junger anständiges Mädchen als Stütze in der Wirtschaft verlangt zum 1. Juni Remede, Doppel-Allee 135.

Schulfräulein Mädchen bei einem Kinde verlangt. Liffenheim, Barnh-str. 44, 3 Treppen. 796

Handmädchen auf Rahmen-leisten verlangt. Wolff, Diefenbachstr. 33. 15135

Lehrmädchen mit guter Schul-bildung zum sofortigen oder späteren Antritt gesucht. Persönliche Vor-stellung in Begleitung der Eltern oder des Vormundes mittags 1-2 oder abends 8-9 Uhr. A. Gaudoy u. Co., Weillandstr. 1-2. 22138*

Beamter gesucht
Für den Verband städtischer Arbeiter. Derselbe muß mit der Gewerkschaftsbewegung und der sozialpolitischen Bewegung eingehend vertraut sein, rednerische Befähigung besitzen und Eingaben korrekt anfertigen können. - Verbandsmitglieder bevorzugt. - Schriftliche Offerten an H. Schubert, Berlin SW., alle Jacobstr. 145.

Achtung! Achtung!
Leitergerüstbauer!
Begen vorliegender Differenzen bei der Firma Junst u. Co. (Himmann), Charlottenburg, ist laut Versam-lungsbeschluß Junst nach dort strengstens fern zu halten. 67/20* Die Sektionsleitung.

Achtung! Achtung!
Holzarbeiter!
Zugung ist streng fernzuhalten nach der Bauhilferei Herr-mann, Stallerstr. 100, und fol-gende Bauten:avernstr. 2 u. 3, Strasse 4a (Hirsch-Dunder-sches Gewerkschaftshaus), Greifswalderstrasse, Gasanstalt Tegel (Verwaltungsgebäude).

Von Möbeltischlern
nach der Möbelfabrik Zeiss & Comp., Wilhelmstr. 130-132, und Leipsigerstr. 126.
Die Ortsverwaltung.

Achtung, Holzarbeiter!
Zugung ist fern zu halten von
Bautischlern u. Einsetzern nach Steglitz, Gross-Lichter-felde, Lankwitz u. Friede-nau. In Schwarmgendorf: Bau Gortzig, Doppelpstr. 15, Bau Suchland, Rurfarrenstr. 19. In Steglitz: Bau Kähne, Straße 20, an der Potendammstr. Zell u. Hanke, Forst- u. Grund-strassen-Gde, Fiedler, Linden u. Verblinderstr.-Gde. Bau Gortzig, Steglitz, Zimmermannstr. Gde. Ba-tolapar, Bau Schulze, Steglitz, Doppelpstr. 15, Bau Stühr, Al-berfeld, Kantenstrasse.
Die Sektionsleitung.